

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 11. Mai 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis: pro Nummer 10 Pf., vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
Eingeliefe Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 1,10 M. pro Monat, eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Abrechnung für Deutschland und Ostpreußen 2 M., für das übrige Ausland 3 M. pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Bulgarien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die festgesetzte Annoncen-Preise über deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Notizen über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Ercheint täglich außer Montags.

Kriminalkommissar Schöne und Frhr. Eberhardt v. Brockhusen.

In der Reichstags-Sitzung vom 3. Mai hat Genosse Vebel nach dem stenographischen Bericht folgendes gesagt:

Nicht genug, daß die Polizei leichtfertig, gewissenlos und ohne Erbarmen menschliche Existenzen schädigt und ruiniert, — nein, sie benutzt zugleich ihre Macht, um friedlich hier lebende Ausländer mit dem Zwangsmittel der Ausweisung zu bedrohen und mit der Existenzvernichtung einzuschüchtern, um allabend diese Ausländer ihren verbrecherischen Zwecken dienlich zu machen (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), um den Ausländer zu einem Verbrechen zu verleiten. (Lebhaftes Rufe: Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist auch früher schon öfter geschehen.

Nun, meine Herren, hier liegt ein Fall ähnlicher Art vor. Ich erlaube Ihnen: die Akten dieses Falles stehen mir im vollen Maße zur Verfügung; ich bedauere, daß von den Herren der Regierung keiner mehr am Platze ist, ich würde ihm sonst mein einwandfreies Material auf einige Augenblicke zur Verfügung stellen. Es lebte in Schöneberg bei Berlin ein Russe, dessen Namen ich nicht nenne, ein Kaufmann. Derselbe kam Ende Februar 1906 hier an... vom 15. März 1905 bis 31. März 1906 wohnte er in Steglitz. Der Mann zahlte 1200 Mark Miete und hatte im Vertrauen darauf, daß er als ruhiger Bürger, der sich um nichts kümmert und keinerlei Politik treibt, ruhig hier leben könne, einen Mietvertrag abgeschlossen, der bis 31. März 1907 läuft. Der Mann ist, wie gesagt, Kaufmann, er hat Agenturen und Kommissionen für Großhandels-Geschäfte hier in Berlin, er vermittelt Verkäufe und Waren nach Ausland, er ist also im Sinne der bürgerlichen Gesellschaft ein außerordentlich nützlicher Staatsbürger. Dieser Mann — das mag für den Umfang seines Geschäfts sprechen — hat jährlich 3000 Mark Steuern, einen Privatverdienst von 8000 Mark. Er hat eine schwerleidende Frau und einen Knaben von 9 Jahren, der die Volksschule des Steglitzer Gymnasiums besucht. Am 14. April d. J. erkundigt sich bei dem genannten Kaufmann ein Schuhmann nach seinen Verhältnissen; dem Manne fällt das auf, er fragt seinen Hausverwalter, der ebenfalls Schuhmann ist, was das zu bedeuten habe. Darauf erklärt ihm dieser, er wolle seine Personalien der Polizei übermitteln. Am anderen Tage, am 15. April, teilt er ihm mit, er habe auf der Polizei erfahren, daß seine Ausweisung in Aussicht stehe. Das war ihm schier unbegreiflich. Er hat einen Bekannten, einen Herrn v. Brockhusen, also einen der Edelsten der Nation (Heiterkeit), mit dem spricht er am 17. April über den Fall. Dieser Edelste gibt an — ob es wahr ist, weiß ich nicht, weiß auch der betreffende Kaufmann nicht —, er sei ein Kette des verstorbenen Staatssekretärs v. Richthofen und auch ein entfernter Verwandter des Staatssekretärs der Marine von Tirpitz. Auf jeden Fall war er aber ein Freund der Polizei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Brockhusen versprach ihm auf Grund seiner ausgezeichneten Verbindungen, alles zu tun und seine Ausweisung zu verhindern. Am 18. April erhält der Russe eine polizeiliche Verfügung des Schöneberger Polizeipräsidenten, datiert vom 17. April, von demselben Tage, wo er mit Brockhusen über diesen Fall gesprochen hatte, in der es heißt: „Nachdem Sie und Ihre Familienangehörigen hier in Schöneberg Aufenthalt genommen, wird Ihnen mitgeteilt, daß Ihre sowie Ihrer Familienangehörigen Niederlassung und Ihre und Ihrer Angehörigen dauernder Aufenthalt in Schöneberg bei Berlin und in Preußen nicht zugelassen werden kann; es wird Ihnen daher empfohlen, das Gebiet des preussischen Staates binnen längstens drei Monaten zu verlassen, da sonst Ihre Ausweisung würde erfolgen müssen.“ (Hört! hört! links.) Gründe — nicht angegeben. An demselben Tage erhielt sein Dienstmädchen Marianne Rubelsa die Aufforderung, binnen 14 Tagen den preussischen Staat zu verlassen, da ihr als Ausländerin ein gesetzlicher Anspruch auf Gestattung des Aufenthaltes im Gebiete des preussischen Staates nicht zustehe.

An demselben Tage nachmittags, am 18. April, nachdem unser Russe die eben verlesene Order erhalten hatte, geht er zu v. Brockhusen und klagt ihm sein Leid. Darauf nimmt ihn Brockhusen — die Sache scheint schon von Brockhusen vorher abgekartet zu sein, er nahm offenbar an, daß der Russe sicher zu ihm kommen würde wegen der Ausweisung — mit nach Wilmersdorf, Kaiserplatz 5, in die Weinprobierstube. Dortselbst wird ihm der Hauptmann a. D. und Polizeikommissar Schöne vorgestellt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Nachdem Brockhusen dem betreffenden russischen Kaufmann vorher gesagt hatte, Herr Schöne werde allerdings für seine Gefälligkeit, die Ausweisung zurückzunehmen, wohl einige Gefälligkeiten verlangen als Gegenleistung, begann die Unterhandlung. Man kam aber an dem Tage nicht zum Ziele, sie dauerte den 19., 20. und 21. April. Am folgenden Tage, den 20., erklärte Polizeikommissar Schöne: Leider sei es ihm bis jetzt nicht möglich gewesen, die Ausweisung rückgängig zu machen; aber er habe gehört, wenn er, der Russe, sich Verdienste in staatlichen Angelegenheiten erwerben werde, so solle, so habe sein Vorgesetzter erklärt, der Herr hier gut aufgehoben sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, um Ihnen das hier nicht im einzelnen auseinanderzusetzen, erkläre ich, daß die Unterhandlungen den Zweck hatten, daß der russische Kaufmann in seiner Zwangslage, das Damoklesschwert der Ausweisung über seinem Haupte, sich herbeilassen sollte, landesverräterische Dienste gegen sein eigenes Vaterland zugunsten Deutschlands zu leisten. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten. Große Bewegung.) Er wurde also zu einem Verbrechen aufgefordert! Meine Herren, Herr Schöne gilt als die geriebenste Polizeimittel hier in Berlin, der für bezahlte Dinge die Hauptdienste zu leisten hat. Er hat im vorliegenden Falle

eine geradezu ungläubliche Kafflosigkeit bewiesen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß, ehe er des Mannes vollständig sicher war, dem er übrigens versprach, es werde nicht allein ein schöner Verdienst ihm zufließen, er könne jährlich auf zirka 16 000 Mark rechnen, er stellte ihm auch weiter in Aussicht, man werde ihn nachher naturalisieren, allerdings sei alsdann nötig — der Russe war nämlich Jude —, daß er sich taufen lasse. (Hört! hört! und große Heiterkeit links), er sah in dessen Hände gab. Meine Herren, welche eine feine Requisition für die evangelische Landeskirche, die einen Landesverräter nach geleisteten Diensten als Täufling aufnehmen soll, damit wahrscheinlich durch die Taufe alle Sünden und Verbrechen abgewaschen werden. (Sehr gut! und lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich habe hier in meiner Hand die Weisungen, die vom Kommissar Schöne dem Russe übergeben wurden. In Rücksicht auf die deutschen Staatsinteressen unterlasse ich es, diese Weisung öffentlich vorzutragen; denn ich bin nicht sicher, ob nicht ähnliche Angaben an Spitzel und Polizeispione in anderen Ländern, vielleicht auch in Russland, schon herausgegeben wurden, und daß, wenn ich jetzt diese Tatsachen hier öffentlich bekannt mache, ich Leute ins Unglück stürzen könnte. Ferner unterlasse ich die Veröffentlichung in Rücksicht auf die Regierung, von der ich sonst nichts wissen will; ich werde, um ihr die Scham zu ersparen, nicht die Einzelheiten dem Hause vortragen. Es handelt sich also, kurz gesagt, um landesverräterische Handlungen. Es sind Stichworte angegeben, unter denen der Betreffende die militärischen und sonstigen Staatsgeheimnisse, die er in Russland ausbaldowern sollte, hierher zu melden hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Aber da eine solche Spionage für ihn als russischen Untertanen nicht gut angesehen war, sollte der Ansehen erweckt werden, daß er ein Deutscher sei, und so, meine Herren, hat das Berliner Polizeipräsidium diesem russischen Kaufmann auf den deutschen Namen „Ernst Fiedler“ einen falschen Paß ausgestellt. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und große Bewegung.) Ich habe hier in der Hand das Faksimile, die photographische Wiedergabe dieses Passes. Er sollte als deutscher Geschäftsfreisender Ernst Fiedler nach Russland gehen und dort seine landesverräterischen Unternehmungen ins Werk zu setzen suchen. Da er aber zu der Reise nach Russland nicht kommen konnte, ohne ein Visum der russischen Botschaft für den deutschen Paß zu haben, und da er obendrein als Jude in Russland nicht zugelassen wurde, so hat das Berliner Polizeipräsidium diesem russischen Juden, also dem angeblichen Deutschen Ernst Fiedler, folgende falsche Bescheinigung ausgestellt: „Dem Inhaber des Passes Nr. 688 II, Geschäftsfreisender Ernst Fiedler, wird auf Grund amtlicher Feststellungen behufs Erlangung des Visums seitens des kaiserlich russischen Konsulats hierdurch bestätigt, daß er — Christ ist.“ (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten und stürmische Heiterkeit.) Auf Grund dieser falschen Urkunde der Berliner Polizei, wodurch die Berliner Polizei ein Amtsverbrechen begangen hat, und auf Grund der zweiten falschen Urkunde, worin sie liegt — (Wode des Präsidenten. Stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Dr. Graf zu Stolberg-Wernigerode: Herr Abgeordneter, Sie dürfen nicht sagen, die Berliner Polizei habe ein Verbrechen begangen. (Stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Vebel, Abgeordneter: Meine Herren, auf diese Bescheinigung hin, daß der russische Kaufmann Christ sei, also ein gefälschtes Aktenstück, erlangte der Russe das Visum der russischen Botschaft, das ich im Faksimile ebenfalls vor mir habe. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das also sind die Konsequenzen der Handlungsweise der Berliner Polizei. Es ist nicht das erste Mal, daß solche Fälle vorkommen. Ich habe bereits an meine Parteigenossen erinnert. Ich will hier weiter an den Prozeß Ledert-Lühow erinnern, in dem festgestellt wurde, daß der Schriftsteller Gisingold Sidor, ein Oesterreicher, unter ganz ähnlichen Verhältnissen von der Berliner Polizei gezwungen wurde, ihr Spionendienste zu leisten bei Gefahr der Ausweisung. Freilich lagen damals keine gefälschten Pässe und keine gefälschten Zeugnisse über die religiöse Abstammung vor, wie im vorliegenden Falle. Meine Herren, ich fürchte sehr, daß nunmehr durch den russischen Kaufmann selber die russische Regierung von den Einzelheiten des Falles Kenntnis erlangte, daß sämtliche Aktenstücke, die ich hier im Faksimile vor mir habe, im Original schon heute in ihren Händen sind; denn der Mann hat selbstverständlich nunmehr so eilig wie möglich Berlin verlassen. Aber, meine Herren, was soll mit einem Menschen wie dem Polizeikommissar Schöne geschehen, der in solch ungläubiger Weise das Reich und den preussischen Staat klammerte und seine vollendete Unfähigkeit zu seinem Amte dargeboten hat? Wenn noch ein Funken Vernunft in unserem Regierungssystem ist, so wird dieser Mann morgen aus dem Dienst entlassen wegen vollendeter Unfähigkeit, und es muß außerdem der Prozeß gemacht werden den Behörden, die die gefälschten Urkunden ausgestellt haben.

Ein Woche ist verstrichen, seit Vebel diese schwere Anklage erhoben hat; doch die Regierung hat noch nicht das kleinste Wörtchen verzweifelnder Verteidigung gesprochen. Ihre Freunde haben eine Erklärung erlieft, ihre Gegner haben sie stürmisch gefordert; und doch: nicht das kleinste Angewandte! — Wir wollen ihr deshalb noch einige freundschaftliche Rippenstöße geben, damit sie die Sprache wiederfindet.

§§ 267, 280 des Strafgesetzbuchs bedroht wegen Urkundenfälschung mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte denjenigen, der „in rechtswidriger Absicht eine inländische... öffentliche Urkunde... fälschlich

anfertigt und von derselben zum Zwecke einer Täuschung Gebrauch macht“; und nach § 270 ebenda wird der „Urkundenfälschung... gleich geachtet, wenn jemand von einer falschen... Urkunde, wissend, daß sie falsch... ist, zum Zwecke einer Täuschung Gebrauch macht“.

Dieser Tatbestand liegt gegen den Kriminalkommissar Schöne vor. Wie er auch immer den Paß und die Bescheinigung über die christliche Konfession des Kaufmanns zustande gebracht haben mag, er ist für den falschen Inhalt beider Urkunden verantwortlich; und er hat direkt oder indirekt von ihnen zum Zweck der Täuschung des hiesigen russischen Konsulats Gebrauch gemacht: denn nicht der russische Kaufmann, wie Genosse Vebel annahm, sondern die Polizei selbst hat den falschen Paß und jene Bescheinigung dem russischen Konsulat zum Visum vorgelegt und auf Grund der falschen Bescheinigung das Visum für den falschen Paß erlangt. Der Paß war bereits mit dem Visum versehen, als Schöne ihn am 22. April dem russischen Kaufmann zuerst ausshändigte.

Nach § 271 des Strafgesetzbuchs wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis 300 M. bestraft, „wer vorsätzlich befreit, daß... Tatsachen, welche für Rechte oder Rechtsverhältnisse von Erheblichkeit sind, in öffentlichen Urkunden... als geschehen beurkundet werden, während sie überhaupt nicht... geschehen sind.“

Auch dieses Delikt ist verübt. Kriminalkommissar Schöne hat bewirkt, daß in die Register des russischen Konsulats ein Paß für den Handlungsreisenden Ernst Fiedler als visiert fälschlich eingetragen worden ist.

§ 348 des Strafgesetzbuchs lautet: „Ein Beamter, welcher zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugt, innerhalb seiner Zuständigkeit vorsätzlich eine rechtlich erhebliche Tatsache falsch beurkundet oder in öffentliche Register oder Bücher falsch einträgt, wird mit Gefängnis nicht unter einem Monat (aber bis zu fünf Jahren) bestraft.“

Auch dieses schwere Amtsvergehen ist von einem Beamten der hiesigen Polizei begangen. Wahrscheinlich findet hier sogar § 349 des Strafgesetzbuchs Anwendung, der mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren den aus § 348 Straffälligen dann bedroht, wenn die falsche amtliche Beurkundung in der Absicht vorgenommen ist, „einem anderen Schaden zuzufügen“. Der „andere“ wäre hier das russische Reich. — Inwiefern auch eine versuchte Nötigung durch Mißbrauch der Amtsgewalt (§ 389 des Strafgesetzbuchs) begangen ist, muß dahingestellt bleiben.

Der Edelste der Nation, Privatier Eberhardt Freiherr v. Brockhusen, Schöneberg, Kaszimirstr. 9, hat bei alledem Beihilfe geleistet; ob er sich anderer Delikte schuldig gemacht hat, soll hier nicht erörtert werden. Das eine aber sei noch nachdrücklich betont: Eberhardt Freiherr v. Brockhusen hat den schamhaften Handel auszuheben wollen, um sein Schäflein zu sächern. Er hat sich die Hälfte des bei der Spionage abfallenden Judaslohnes ausbedungen: „Eine Hand wäscht die andere, wir machen a meta“ (das heißt: halbpakt), begehrte er und bemühte sich dem auch getreulich, die „Preise“ möglichst in die Höhe zu treiben. Mit Begehen ließ er sich von Schöne „aus dem großen Topf“ traktieren. In vorerwähnter Freude schmiedete er schon den Kaviar und Tee, den er ihm und Schöne aus Russland zu schicken bat (Schöne wies das für seine Person zurück). So groß war sein Dalles und seine Sicherheit, daß er schon am 20. April den russischen Kaufmann um ein Darlehen von 100 Mark anging. Und er sah sein Bemühen mit Erfolg gekrönt: am 21. April gab ihm sein Olyser den Scheck Nr. 11 065 auf die Nationalbank für Deutschland, Depositen-Kasse und Wechselstube Steglitz, Albrechtstr. 3, über 50 Mark, die, wie er bemerkte, von der ersten Einnahme gleich „abgezogen“ werden sollten.

Allem Anschein nach hat Schöne von diesen edlen Aspirationen des hochgeborenen Barons nicht gewußt, sonst hätte er ihn wohl abgeschüttelt. Doch trifft ihn der Vorwurf grenzenloser Leichtfertigkeit: er weiß doch so gut wie Putzkamer selig, daß Gentlemen für ihn nicht arbeiten.

Und zum Schluß noch eines: Unzweifelhaft charakterisiert sich das Vorgehen des parnobiles fratrum, des edlen Bruderspaars, als Aufstiftung und Beihilfe zum Hoch- und Landesverrat gegen das befreundete Russland, und zwar zu einem Hoch- und Landesverrat, den ein Russe begehen sollte, und der an dem Angestifteten mit Todesstrafe geahndet worden wäre. Zwei Jahre sind es her, da verfolgte der Minister des Innern, der Vorgesetzte des Berliner Polizeipräsidiums, in Gemeinschaft mit dem verflochtenen Justizminister eine Schar deutscher Reichsbürger wegen Beihilfe zum Hochverrat gegen den Zarismus, die perfide, in Schmutz und Blut ersüßende Regierung des russischen Reiches, die inzwischen unter dem erleichternden „Mf!“ der ganzen Welt schamlos zusammengebrochen ist. Schwere Strafen wurden im Königsberger Prozeß wegen angeblicher Geheimbündelei gegen den tsaristischen Despotismus verhängt. Welche Belohnung wird Herr Kriminalkommissar Schöne für seine Geheimbündelei, für seine Aufstiftung und Beihilfe zum Hoch- und Landesverrat, gerichtet gegen den Bestand des russischen Reiches, gegen das russische Volk selbst, erhalten?

*) Hier liegt ein Heines Mißverständnis vor. Der Hausverwalter war dem Kaufmann bereits bei seinem Einzug, also vor dieser Affäre, bei der polizeilichen Anmeldung behilflich gewesen. Am 18. April sprach der Verwalter nur die Vermutung aus, daß die Ausweisung in Aussicht stehe.

*) Diese Befürchtung hat sich nicht bewahrheitet. Der Kaufmann hat allerdings, um gegenüber der russischen Regierung und seinem Vaterlande geduldet zu sein, in der höchsten Not, mehrere Tage vor dem 3. Mai, dem hiesigen russischen Konsul in großen umrissten Mitteilung von dem gegen ihn injizierten Säurenstreich gemacht. Die Originale der Papiere hat er Brockhusen zurückgegeben.

**) Daß es sich nur um eine vorübergehende Geschäftskreis-handlung und das Domizil des Kaufmanns nach wie vor Schöneberg ist, haben wir bereits erwähnt.

älter abgezweigt und einen großen Teil des Waldbestandes abgeholt. Die Althölzer Werke, später in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, sind in Liquidation geraten. Man begreift nicht, wie die Ausbelebungscommission auf ihre Rechnung zu kommen gedankt. Es heißt deshalb auch, daß das Gut eine Domäne werden soll.

Da rede man noch von der Unfruchtbarkeit der preussischen Polenpolitik! —

Ausland.

Schweiz.

Bern, 8. Mai. Im 3. Wahlkreise der Stadt Bern hat leider nicht, wie irrtümlich berichtet, die sozialdemokratische Liste gesiegt, sondern es ist ein zweiter Wahlgang für alle sieben Sitze notwendig. Mit 1227 sozialdemokratischen und 1266 bürgerlichen Stimmen sind sich die beiden Lager nahe gekommen.

St. Gallen, 8. Mai. Für das von den Sozialdemokraten, Demokraten und Katholiken gemeinschaftlich aufgestellte Initiativbegehren betr. die Einführung der Proportionalwahl für den Kantonsrat sind bis jetzt über 18 000 Unterschriften gesammelt worden, während deren nur 10 000 erforderlich sind.

Frankreich.

Der Dank des Sozialisten.

Mitterand hat an seine Wähler ein Schreiben gerichtet, in welchem er für das Vertrauen, das man ihm zum sechsten Male schenke, dankt. Er werde, so sagt er, nichts veräumen, sich der Sympathien seiner Wähler auch ferner würdig zu erweisen. Durch seine Wahl hätten sich die Wähler sowohl gegen den Merkantilismus als auch gegen die „Demagogen“ (das zielt auf seinen Gegenkandidaten, unseren Genossen Lafargue) ausgesprochen! Sie (die Wähler) wählten, wie sehr die „Demagogen“ mit ihren Deklamationen und mit ihrer Gewalttätigkeit der Freiheit und dem Vaterlande schädlich sein könnten. Ein sauberer Epistola!

Die Bomben-Affäre.

Paris, 10. Mai. (R. L. A.) Die Polizei hat die Spuren des russischen Anarchisten Strzga ermittelt, der in einem hiesigen Hotel abgestiegen und daraus am Tage der Explosion im Bois de Vincennes verschwunden war. Er hatte sich dort unter dem Namen Goag, 21 Jahre alt, Student, aus Wlinsk gebürtig, eingetragen. Man fand in seinem Zimmer Chankali, Anilqued Silber und den Kadestock des Revolvers, den Strzga in der Tasche trug. Ein Kellner aus dem Hotel hat Strzga in dem Leichenschauhaus wiedererkannt.

Italien.

Gefrenge Herren.

Den Herren Senatoren scheinen die energischen Generalstreiks der italienischen Arbeiter arg auf die Nerven gefallen zu sein. Der Senat hat am Mittwoch der Regierung ein Tadelvotum erteilt wegen ihrer Schwäche gegenüber der Arbeiteragitation!

Soll denn in Italien noch mehr gehauen und geschossen werden? —

England.

Abkühlungs-Schalmel.

Im Unterhause brachte der Liberale Vivian am Mittwoch eine Resolution ein, in der die Regierung aufgefordert wird, wirksame Schritte zu unternehmen, um die Ausgaben für Rüstungen zu verringern, und weiter ersucht wird, die Aufnahme der Einschränkung der Kriegsausgaben in das Programm der Haager Friedenskonferenz zu betreiben. Der Redner erklärte, die Resolution würde nicht etwa aus gegensätzlicher Gesinnung zur Regierung eingebracht. Wenn sie durch eine große Mehrheit angenommen würde, so würde dieser Umstand die Regierung bei ihrer Aufgabe: zu sparen, unterstützen und nicht ohne Wirkung auf die Parlamente anderer Länder sein. Die Rüstungen abzuschaffen, sei kein praktischer Vorschlag gewesen; aber es sei möglich, das Uebel der Ausgaben bedeutend zu mildern. Redner wies ferner zur Begründung der Einschränkung der Kriegsausgaben auf die guten Beziehungen Englands zu Japan und Frankreich hin.

Bellairs (Liberal) brachte ein Amendement ein, in welchem er erklärt, daß das Haus auf die Regierung sich verlasse: daß sie die Oberhoheit Englands zur See aufrechterhalten werde und daß es glaube, es sei für die Regierung nicht ratsam, eine Beratung betreffend die Rüstungen zu eröffnen, welche die auswärtigen Mächte für die Verteidigung ihrer Gebiete für notwendig erachten. Er wies sodann auf das Anwachsen der deutschen Flotte und auf die Stationierung einer Torpedokreuzerflotte in der Nordsee hin. „Sehr zu unserem Bedauern!“ fuhr der Redner fort, „war die Stimmung in Deutschland gegen uns und gab Veranlassung zu irrtümlichen Darstellungen; sie bestand während des Burenkrieges und bestand jetzt in vollem Maße durch die Anstrengungen des deutschen Flottenvereins. Wir haben ein Beispiel gegeben für Herabminderung der Rüstungen, indem wir dieselben im Vergleich mit Deutschland um 7 Millionen Pfund Sterling verringerten; dann haben wir auch Helgoland aufgegeben, und doch hatte das keine Wirkung auf Deutschland.“

Walfour erklärte, die Resolution sei unangebracht. England habe eine größere Militärmacht ein Ultimatum gestellt und ein großer Teil seiner Seestreitkräfte sei gegenwärtig im östlichen Ozean des Mitteländischen Meeres konzentriert in der Absicht, die Aufrechterhaltung der Rechte Englands zu sichern. „Glaubt Vivian“, fragt der Redner, „daß wir mit mehr Wahrscheinlichkeit eine friedliche Weileigung erreichen würden, wenn wir eine kleinere Flotte hätten?“ Auf die indische Grenzfrage eingehend, erklärte Redner: Obgleich er fest glaube, daß das letzte, was viele Russen und die russische Regierung in Betracht ziehen oder wünschen, ein Angriff auf England sei, obgleich er glaube, daß die englisch-russischen Beziehungen die allerfreundlichsten seien, so könne er doch nicht einsehen, warum daraufhin England sich nicht in Vorbereitung halten sollte gegen einen Wechsel der Politik auf Seiten einer großen befriedeten Nation. Nachdem Redner noch als Tatsache hervorgehoben hatte, daß die britische Flotte lediglich zu Defenszwecken gehalten werde, sagte er hinzu: die anderen Mächte sollten nur ihre Flotten vermindern, und England werde ihrem Beispiele folgen.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey erklärte, daß die nationalen Ausgaben in den letzten Jahren erheblich gewachsen seien, es sei jedoch Aussicht vorhanden, sie, ohne die Landesfiskalpolitik preiszugeben, um ein beträchtliches Vermindern zu können. Das hinge jedoch zum großen Teil mit von der Politik der anderen Mächte ab. Er sei der Ansicht, daß infolge dieses allgemein unter den Völkern Europas verbreiteten Gefühls eine Erklärung von der Art, wie sie in dieser Resolution enthalten sei, wegen des Eindruckes, den sie auf die anderen Regierungen mache, von Wert sei und er glaube nicht, daß zu irgend einer Zeit die öffentliche Meinung in Europa stärker auf die Erhaltung des Friedens bedacht gewesen sei als gerade jetzt! Grey fuhr fort: Die Haager Konferenz könne kein verlässlicheres Werk tun, als die Bedingungen für den Frieden weniger künstlich als bisher zu gestalten und noch weniger nutzbringenderen Aufgabe streben, als ein praktisches Ergebnis zutage zu fördern, das zu einer Herabminderung der Ausgaben führen könne. Grey schloß seine Ausführungen, indem er sagte: „Es ist angeführt worden, daß wir auf die anderen Mächte warten, um unsere Ausgaben zu verringern, aber wie die Verhältnisse liegen, warten alle Mächte aufeinander, und eines Tages wird eine derselben den ersten Schritt tun müssen!“ Er könne daher nicht die Zusage machen, daß er die Resolution annehmen werde, da eine solche nicht in dieser Hinsicht den ersten Schritt zu geben, aber es sei auch nicht ausgeschlossen, daß England und ihn unternehmen werde. Es habe niemals eine Zeit gegeben, in der die relative Heberlegenheit der englischen Flotte stärker gewesen sei als gerade jetzt. Was England auf der Haager Konferenz

weide tun können, müsse von der Antwort der anderen Regierungen abhängig gemacht werden und von dem Interesse, das die anderen Parlamente dieser Angelegenheit entgegenbringen würden. Er nehme aber die Resolution im Namen der Regierung als eine erfreuliche Äußerung der öffentlichen Meinung an und heiße sie aus diesem Grunde willkommen, und er sei überzeugt, daß diese Resolution auch von den anderen Ländern als eine von dem britischen Parlamente ausgehende Einladung auf diese Aufforderung die Rüstungen zu vermindern, einzugehen, aufgefaßt werde. (Beifall.)

Das Amendement wird darauf zurückgezogen und die Resolution einstimmig unter lautem Beifall angenommen.

Die Worte — für und wider — die bei dieser Debatte gewechselt wurden, sind nicht neu. Neu ist einzig die Tatsache, daß die englische Regierung wirklich keine Phrasen zu machen scheint, wenn sie erklärt: ihr wäre der Gedanke einer radikalen Einschränkung der Rüstungen sympathisch.

Von großem Optimismus zeugen Äußerungen wie die: Die Parlamente anderer Länder könnten vernünftigen Erwägungen in Punkt Rüstungseinsparungen zugänglich sein! Sollte man das z. B. dem deutschen Reichstage in seiner heutigen Zusammensetzung in England ernstlich zutrauen? Leute a la Bellairs und Walfour wissen ja begreiflicherweise keine besseren Gegenargumente wider Abrüstungsvorschläge oder dergleichen vorzubringen, als indem sie — neben England — gerade auf Deutschland verweisen!

Wie dem aber sei — der englischen Regierung und dem englischen Unterhause darf man immerhin zu dieser Debatte und ihrem Ausgange gratulieren. —

Türkei.

Der Konflikt scheint nun bald in Güte beigelegt zu werden. Wenigstens soweit der Sultan schon gebracht sein, daß er einzieht: England wolle die Streitigkeit nicht durch ein Schiedsgericht beendet sehen, sondern auf sein Recht und seine Kraft pochen.

Die einzige Macht, der man noch Sympathien für die Pforte nachsagte — Deutschland — ist vor etwa anderthalb Wochen von den Türken nun auch noch brüskiert worden! Am 20. April wurde der deutsche Segler „Dhryss“ ohne jeden Grund von der türkischen Behörde beschlagnahmt. Der deutsche Votschaffer, Freiherr Marschall von Bieberstein, fuhr mit Matrosen der deutschen Kriegsmarine an den „Dhryss“. Sie befestigten den Segler, hielten die deutsche Flagge, nahmen ihn ins Schlepptau und brachten ihn gemächlich nach Istanbul, wo er seine halbe Ladung zu löschen hatte.

Die Pforte hat sich sofort in aller Form wegen des „Mißverständnisses“ entschuldigen lassen. Alle Welt ist entzückt über die Energie des deutschen Votschaffers, und Abdul Hamid jammert, daß ihm Wilhelm II. seine kaiserliche Schuld entziehen könnte.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

20. Sitzung vom Donnerstag, den 10. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Vangerhaus eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr. Es erfolgt zunächst die feierliche Einführung der neu-gewählten Mitglieder Bankier Lindau (A. L.) und Zimmerer Fischer (Soz.), welche vom Vorsitzenden mit einer längeren Ansprache willkommen geheißen werden.

Der Stadtv. Gombert (A. L.) hat sein Mandat niedergelegt.

Zur Beratung steht zunächst der Antrag der sozialdemokratischen Stadtv. Antia und Genossen betreffend die Einführung von Bestimmungen über die Arbeits- und Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter Berlins. Die Erörterung des Antrags war in der vorigen Sitzung auf heute verschoben worden.

Von zwei Seiten ist Ausschüßberatung beantragt.

Stadtv. Hinge (Soz.): In der Ihnen von uns unterbreiteten Arbeitsordnung handelt es sich natürlich nur um grundlegende Bestimmungen; im einzelnen sollen weitere Abmachungen z. B. bezüglich des Beginns und Ende der Arbeitszeit und bezüglich der Regelung der Lohnfrage den einzelnen Betrieben oder Betriebsleitungen in Verbindung mit den Arbeiteraussschüssen vorbehalten bleiben. Arbeitsordnungen haben wir ja auch bisher in unseren städtischen Betrieben gehabt, sie enthalten Bestimmungen über die Arbeitszeit, Krankheitsurlaub, Strafbestimmungen usw.; aber über die Frage des Zuschusses in Krankheitsfällen, die Dauer des Zuschusses oder der Unterstützung bei Einziehung zu militärischen Leistungen, über die Ausdehnung des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches auf eine bestimmte Zeit u. a. ist bisher in diesen Ordnungen nichts enthalten. Daß beim Arbeitsantritt dem Arbeiter eine Arbeitsordnung und die Reglemente für Abzug usw. auszubehalten sind, diesen einfachen Sachen werden Sie wohl ohne lange Debatte Ihre Zustimmung geben. Wir fordern dann die abschließende Arbeitszeit für sämtliche städtische Betriebe. Bereits 1901 haben wir im allgemeinen die zehnstündige Arbeitszeit festgelegt, aber noch heute werden in der Parkverwaltung 11, in den Anstalten 14 bis 16 Stunden Arbeitszeit verlangt; also erhebliche Ueberarbeitszeit, andererseits auch, z. B. in der Parkverwaltung, durch Einrichtung von Saisonen eine Herabsetzung auf 9½ bis 9 Stunden. Versuche mit der Herabsetzung der Arbeitszeit machen wir zurzeit auf der Gasanstalt in der Danzigerstraße. In den Gaswerken haben Bremen, Mannheim, Mainz, Offenbach, Aresfeld, Königshagen, Pöthel, Stuttgart, Chemnitz, Ludwigshafen, Barmen, Wiesbaden, Bielefeld, Frankfurt, Würzburg, Hannover, Elberfeld, Düsseldorf und Dresden den Achtstundentag eingeführt. Was in diesen Städten möglich ist, muß auch in Berlin durchführbar sein. Wer gestern Gelegenheit hatte, die Arbeiter vor den Retorten zu sehen, wird einen Begriff bekommen haben von der 10 bis 12 Stundenarbeit bei einer Hitze von 50 bis 60 Grad; allerdings sind ja jetzt Pausen dazwischen gelegt, die dem Arbeiter das Aushalten erleichtern. Das letzte Ver-mächtnis des Staatsministers v. Bude ist die Ermäßigung der Arbeitszeit auf 9 Stunden für preussische Eisenbahnarbeiter; im Privatbetrieb haben eine Anzahl die Arbeitszeit auf 9 Stunden und darunter herabgedrückt. In einzelnen deutschen städtischen Betrieben gibt es vereinzelt auch 7, 7½, 8, 8½, 9, 9½ Stunden Arbeitszeit; in den Anstalten ist die Arbeitszeit durchschnittlich am längsten. Maurer, Zimmerleute, Holzarbeiter, Metallarbeiter haben eine kürzere als die zehnstündige Arbeitszeit tarifmäßig festgelegt. Von den über 600 abgeschlossenen Verträgen enthalten 180 eine Festlegung der Arbeitszeit auf 9 Stunden oder weniger; die Durchführung des Achtstundentages ist also für die Industriearbeiter nicht mehr allzu fern. Nehmen Sie die langen Entfernungen in unserer Großstadt, so kommt für die meisten städtischen Arbeiter eine Beschäftigungszeit von 13 bis 14 Stunden heraus; dem muß mit Rücksicht auf Gesundheit und Familie entgegengetreten werden. Bei der Regelung des Arbeitslohnes sehen wir als selbstverständlich eine Erhöhung der Minimallohne voraus. Die letzten Lohnregulierungen haben 1901 stattgefunden. Damals mußte der Oberbürgermeister zugeben, daß ein Minimallohn von 3,50 M. für eine Familie von drei bis vier Köpfen notwendig sei. Aber welche Verteuerung der allgemeinen Lebensbedürfnisse ist in den fünf Jahren eingetreten! Heute genügt ein Minimallohn von 3,50 M. nicht mehr, um den Arbeiter und seine Familie vor Not und Entehrung ausreichend zu schützen. Die Verammlung hat ja auch den städtischen Arbeitern in diesem Winter je 60 M. Teuerungszuschuß gewährt und weitere Erhöhungen beim Etat in Aussicht gestellt. Auf letzteres haben wir aber bereits hingewiesen. Es wurden 1904 bei den Gaswerken 8 350 000 M., 1905 3 487 000 M. Arbeitslohn gezahlt; 1906 finden wir im Etat nur 3 560 000 M., also nur ein Plus von 70 000 M. gegen 137 000 M. Plus im Vorjahre! Dabei nimmt doch die Zahl der Arbeiter fortwährend zu. Die Reinigungsarbeiter bekommen wie im Vorjahre noch immer den Anfangslohn von 4,20 M., der Höchstlohn von 4,50 M. ist unverändert geblieben. Auch für die Hofarbeiter und andere Kategorien bei den Gaswerken ist nicht ein roter Pfennig mehr bewilligt worden. Während ist nur die Erhöhung der Radarbeiters mehr bewilligt worden. Bei den Wasserwerken liegt die Sache ähnlich; es ist in diesem Jahr

genau dieselbe Summe wie im vorigen Jahre für Arbeitslöhne eingestellt worden. Die Arbeiter haben dort einen Stundenlohn von 36, nach drei Jahren 38, nach fünf Jahren 39, nach acht Jahren 40 Pf. In diesem Jahre hat für diese Arbeiter eine Erhöhung um einen ganzen Pfennig pro Stunde stattgefunden. (Hört! hört!) Im Viehhofetat ist auch nur ein Mehr von 8800 M. Dort hatten die Arbeiter einen Anfangslohn von 3,50 M.; 3,75 und 4.— M. nach vier und acht Jahren. Hier ist die Alterskala von vier auf drei Jahre herabgesetzt. Mehrlich liegen die Verhältnisse auf dem Schlachthof. Auch bei den Markthallen ist nur ein ganz winziges Plus zu verzeichnen. Hier war ein Lohn von 3,50 bis 4,50 M. nach 2, 4, 6, 8 Jahren beantragt worden, die Deputation wollte wenigstens die beiden obersten Stufen bewilligen, der Magistrat sich aber! Einem analogen Antrag betreffend der Reinigungsfrauen hat der Magistrat ebenfalls erhebliche Abstriche widerstanden, ebenso den dort beschäftigten Handwerkern. In der Parkverwaltung finden wir ganze 1500 M. mehr für 500 Arbeiter eingestellt, und das in dem berühmten Jahre der Lohnerböhung! In der Straßeneinigung hat in der Tat eine kleine Aufbesserung stattgefunden, dergestalt, daß ein neuer Höchstlohn von 4,25 M. nach neun Jahren der bestehenden-Erlaube aufgesetzt worden ist. Das Mehr verteilt sich aber zumeist auf Neueinstellungen, denn das Personal soll um 58 Manniger und 21 Pferden vermehrt werden. In den Kanalisationswerken ist auch fast alles beim alten geblieben. Die gesamten Nehezulagen für 1905 und 1906 ergeben, abgesehen von der Kanalisation, mehr 1905 411 064 M., in diesem Jahre nur 291 231 M., also 121 000 M. weniger! Mit der Entwidlung der Löhne in der Privatindustrie hat Berlin bei weitem nicht gleichen Schritt gehalten. Die Bauarbeiter usw. bekommen erheblich höhere Löhne, die sie sich allerdings zum Teil erst erkämpfen mußten; die Löhne sind in den neuen Tarifverträgen durchweg aufgebessert worden. Die städtischen Arbeiter haben dem Magistrat und der Verammlung wiederholt entsprechende Resolutionen unterbreitet. In Frankfurt a. M. wird den Arbeitern je nach der Kopfzahl der Kinder ein Zuschuß bis zu 15 M. pro Monat gewährt. Der Anfangslohn von 3,50 M. muß erhöht werden; 1500 M. sind wenigstens notwendig, um eine Familie von vier Köpfen zu erhalten. Die Arbeiterbudgets verschiedener Kategorien ergeben ein Defizit, das natürlich auf Kosten der Ernährung des Arbeiters und seiner Familie gedeckt werden muß. In der vorigen Sitzung verlaute, daß Sie (zur Mehrheit) beabsichtigten, über unseren Antrag zur Tagesordnung überzugehen; ich hoffe, daß Sie jetzt davon Abstand nehmen. — Wir fordern ferner die Mitbestimmung in die Woche fallenden Feiertage und doppelte Vergütung für Arbeit an Sonn- und Feiertagen; für Ueberstunden einen Zuschlag von 50 Prozent. Die beiden letzteren Forderungen sind in der gesamten Privatindustrie durchgeführt, aber auch von vielen Kommunen anerkannt, so in Mannheim und Frankfurt a. M. Die Ueberstundenfrage wünschen wir so geregelt, daß dem Arbeiter schon nach einem Jahr eine Woche, nach fünf Jahren zwei Wochen gewährt werden. Eine Anzahl privater Industrieller gewährt schon jetzt früher als nach fünf Jahren einen längeren Urlaub, so die Warenhäuser Tietz und Jandorf; und andere; auch einige Städte sind auf diesem Wege bereits vorangeschritten. Die schweren Arbeiten in den Gasanstalten lassen bei ihren Arbeitern das Bedürfnis nach einer Erholungsperiode schon nach einem Jahre sehr spürbar werden. Weiter wollen wir die Zuschußgewährung in Krankheitsfällen einheitlich regeln. Jetzt ist die Sachabgabe sehr verschieden; in manchen Betrieben gibt es Zuschuß nur für vier Wochen. Wir bitten Sie, den Arbeitern, die bis zu einem Jahre im Betriebe tätig sind, für 13, darüber hinaus für 26 Wochen Zuschuß zu gewähren; wir lehnen uns dabei ebenfalls an das Beispiel anderer Kommunen an. Bei der Einziehung zu militärischen Leistungen soll der Lohn nach Abzug der reichsgerichtlichen Unterstufungen fortgezahlt werden; Mannheim und Frankfurt sind auch in dieser Beziehung bahnbrechend gewesen. Bei den Arbeiteraussschüssen wollen wir den Wahlmodus dahin ändern wissen, daß allen ein Jahr beschäftigten volljährigen Arbeitern das aktive und passive Wahlrecht zusteht; als Neuerung unterbreiten wir den Vorschlag, daß die einzelnen Ausschüsse derselben Verwaltung als Gesamtausschüß zu gemeinsamen Besprechungen zusammenkommen können, sowie auch die Obleute sämtlicher Ausschüsse. Zum Schluß fordern wir die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises; wir wünschen auch hier Einheitlichkeit, weil einzelne Verwaltungen sich an die Abmachungen wegen des Nachweises in der Gormannstraße nicht gehalten haben, so daß dort ein Nachgang zu verzeichnen war. — Am 2. Mai hat die „Kosmische Jtg.“ in einem Leitartikel unseren Antrag in einer ganz gemeinen scholigen Weise heruntergehakt. Der Artikelschreiber meint, wir hätten ihn nur eingebracht, um damit zur Verherrlichung des 1. Mai beizutragen. Daß das Unfug ist, brauche ich nicht erst zu versichern. Abgesehen von dieser Gesinnung befindet sich der Verfasser hinsichtlich der tatsächlichen Verhältnisse in einer derartigen Unwissenheit und Dummheit, daß man sich wirklich wundern muß, daß sich in der Reichshauptstadt ein Organ findet, welches es in dieser Beziehung mit dem reaktionärsten Organ auf dem Lande aufnehmen kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — So wie Sie die Lehrer und Beamten berufsamtlich haben, sollten Sie sich jetzt auch der städtischen Arbeiter annehmen, und dazu bietet Ihnen unser Antrag eine Grundlage. Ich bitte Sie, ihn an einen Ausschüß zu verweisen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach dieser mehr als einstündigen Rede verkündet der Vorsitzende den Eingang eines Antrags Reimann-Dinse-Duchow auf motivierte Tagesordnung.

„In Erwägung, daß der Antrag Antrag in einem großen Teile seiner Paragrafen Forderungen enthält, die bereits bei unseren Werken eingeführt sind, andererseits aber solche, die vollständig unaufrührbar erscheinen, wolle die Verammlung den Uebergang zur Tagesordnung beschließen.“

Stadtv. Reimann (A. L.): Sie sehen, daß die Hoffnung des Kollegen Hinge, der Antrag auf Tagesordnung wäre fallen gelassen worden, sich nicht erfüllt hat. Man kann nicht behaupten, daß die früheren Anträge der Herren Sozialdemokraten in dieser Richtung als Muster der Bescheidenheit anzusehen waren, aber der heutige Antrag übertrifft sie alle ganz exorbitant. Trotzdem sind wir in eine erneute Prüfung der einzelnen Forderungen des Antrages und der Verhältnisse der Arbeiter eingetreten, konnten aber trotz der so dringend gemachten Erläuterungen des Antragstellers nicht dazu kommen, unsere Anschauungen zu ändern. Namens der drei Fraktionen, die unter unserem Antrag stehen, habe ich das Wort zur Begründung ergriffen. Wir meinen, daß die Forderungen des Antrages zum Teil schon erfüllt sind. Die Novellen zur Reichsgewerbeordnung haben die Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer festgestellt; die Stadt Berlin ist sich danach ihrer Pflichten stets bewußt gewesen und ihnen stets auch nachzukommen. Wenn wirklich mal in unseren Betrieben etwas geschehen ist, was Veranlassung zu Ausstellungen geben konnte, so haben ja die Sozialdemokraten auch nicht die Gelegenheit veräumt, die Sturmglöde zu läuten. (Unruhe.) Der Antrag enthält aber auch ganz exorbitante, ausföhrlose Forderungen. Sollten die geplanten Arbeitsordnungen festgesetzt werden, so würde kein Frieden zwischen der Stadt und den Arbeitern eintreten. Es handelt sich auch hier nicht um den Kampf um Rechtsformen, sondern um die Machtstellung, und deshalb meinen die drei Fraktionen, daß wir die Stellung unserer Stadtverwaltung in diesem Kampfe zu stärken haben, sie aber nicht schwächen dürfen. Wenn jemals die wirtschaftlichen Verhältnisse sich ändern sollten, so wird die Stadtverwaltung auch zu einer Herabsetzung der Arbeitsordnungen und Lohnsätze bereit sein. Dazu müßte aber ein anderer Weg eingeschlagen werden. Die drei Fraktionen meinen, daß zu einer materiellen Prüfung des Antrages weiter keine Veranlassung vorliegt. Es handelt sich auch nicht nur um eine Schädigung der Stadtverwaltung, sondern es liegt eine Gefahr für die gesamte Industriewelt Berlins in diesem Antrage. (Unruhe, auch auf der Tribüne.) Deshalb haben wir unseren Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung gestellt. (Beifall bei der Mehrheit. Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird ein Schlußantrag gestellt und von der Mehrheit angenommen. Gemeldet waren noch die Stadtv. Ratzgaff und Hinge. Ein Antrag auf namentliche Abstimmung über den Schlußantrag, auf den durch Zurufe an den Vorstand mehrfach hingewiesen wird, tritt nicht in die Erscheinung.

Zur Geschäftsordnung erklärt
Stadtv. Marzgraff (soz.-fortsch.) lebt, ist bedauern zu müssen, daß die Annahme des Schlußantrages seine Freunde an der Darlegung ihrer der Mehrheit entgegengegesetzten Standpunkte verhindert hat. Die weiteren Ausführungen des Redners werden von der Mehrheit niedergeschrieben. (Stadtv. Zubeil ruft: Der richtige Herrenstandpunkt! Abmurren!)
In namentlicher Abstimmung wird darauf der Antrag auf motivierte Tagesordnung mit 73 gegen 31 Stimmen angenommen. Mit den Antragstellern stimmen nur die Sozial-Fortschrittlichen.
Hierauf soll der im Januar bis nach Erledigung der Etatberatung zurückgestellte Magistratsentwurf einer Grundsteuerordnung nach dem Maßstab des gemeinen Wertes und einer revidierten Umsatzsteuerordnung unter Einführung einer Wertzuwachssteuer zur Verhandlung gelangen.
Stadtv. Gassel: Wir sind heute nicht mehr in der Lage, die erste Beratung dieses wichtigen Gegenstandes durchzuführen; ich beantrage deshalb, ihn bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)
Stadtv. Pfannsch (soz.): Ich bitte, diesen Antrag abzu-
lehen. Die Sache steht nunmehr seit Januar auf der Tagesordnung; es ist erst wenig nach 1/2 Uhr und wir können sehr wohl noch eine gründliche Beratung vornehmen.
Die Mehrheit beschließt die Vertagung. (Unruhe bei den Sozialdemokraten. Auf: Die Eisbeine werden kalt! Heiterkeit.)
Nach Erledigung einer Anzahl nebensächlicher Gegenstände schließt die öffentliche Sitzung um 1/2 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Die Metallindustriellen auf dem Rückzuge?

Aus Dresden meldet ein Telegramm:
Dresden, 10. Mai. Der Gesamtverband der Metallindustriellen hat für morgen in Berlin eine Versammlung anberaumt, in der Beschlüsse über den Tag und den Umfang der gemäß dem Beschluß vom 2. Mai auszuführenden Massen-
ausperrungen von Metallarbeitern gefaßt werden sollen.
Gleichzeitig meldet die „Vossische Zeitung“:
Zur Arbeiterbewegung in der Metallindustrie hören wir, daß gegebenenfalls die Aussperrung der Arbeiter durch den Verband der Metallindustriellen erst am 28. Mai erfolgen soll, und zwar mit Rücksicht auf die vierzehntägige Kündigungsfrist in einer Anzahl von Fabriken. Der Beschluß, die Aussperrung einzutreten zu lassen, wird wahrscheinlich morgen gefaßt werden. Betroffen würden zunächst etwa 90 000 Arbeiter aus Maschinenfabriken, Eisengießereien, elektrotechnischen Fabriken usw. Da aber noch, wie gesagt, eine Frist von 14 Tagen bis zum Beginn der Aussperrung besteht, ist die Hoffnung auf eine schließliche Einigung nicht unberechtigt, umso weniger, als die Streikfassen der Arbeiterschaft eine so große Aussperrung nicht lange aushalten dürften.

Wird nicht 300 000, sondern nur 90 000, und nicht Zug um Zug, sondern am 28. Mai! Inzwischen aber schreibt uns unser Hannoverischer Korrespondent über die Lage daselbst:

Die Metallindustriellen in Hannover lenken jetzt ein! Auf die erneute Anfrage des Gauvorstandes des Metallarbeiterverbandes in Halle hat der Verband der Metallindustriellen geantwortet, daß er dem Vorschlage, mit einer siebengliedrigen Kommission der streikenden Formier- und Gießereiarbeiter zu verhandeln, zustimme. Bedingungen, daß von den als „unannehmbar und ungerecht“ bezeichneten Forderungen Abstand genommen werden müsse, sind nicht gestellt. Nur den Metallarbeiterverband wollen sie nicht zur Verhandlung zulassen, dafür ist aber auch der Verband der Metallindustriellen als Kontrahent zurückgetreten. Es wird eine ebenfalls siebengliedrige Kommission der Gießereibetriebe gebildet und auf dieser Grundlage ohne Mitwirkung der beiderseitigen Organisationen verhandelt. Die Formier- und Gießereiarbeiter haben ihre Kommission gestern, Donnerstag, nachmittag, gewählt.

Berlin und Umgegend.

Zum Schlußerstreik. Die Meister haben sich nun doch bereit erklärt, wegen der Tarifforderungen mit der Gesellenkommission in erneute Verhandlungen zu treten, und zwar haben sie ihre früheren „Bedingungen“ vorbehaltlos fallen lassen. Demnach bestehen sie also auch nicht mehr auf die Ausschaltung des Verbandsvollmachtigten Cohen, ebenso wenig verlangen sie die Generalvollmacht der Kommission. Nachdem die Meister solchergegestalt Entgegenkommen zeigten, fanden am Mittwoch die ersten Verhandlungen statt mit dem Ergebnis, daß wegen der §§ 1 bis 4, welche die Lohnfrage betreffen, bereits eine wesentliche Annäherung erzielt worden ist. Die Meisterkommission erklärte sich nunmehr zu Lohnzugeständnissen bereit. Am heutigen Freitag wird die Streikerversammlung entscheiden, ob und wie weit sie mit den Zugeständnissen einverstanden ist oder nicht.

Den streikenden Lagerarbeitern der Vorstand-Zementfabrik Gutzm. u. Jersich ist es gestern früh gelungen, die 15 aus Zossen angeworbenen Arbeitswilligen von der weiteren Arbeit bei dieser Firma abzuhalten. Die Arbeitswilligen wurden nämlich am Mittwoch unter Bedeckung von Schulreuten zur Arbeit geföhrt und am Abend in derselben Weise wieder nach Potsdamer Bahnhof begleitet. Unter diesen Umständen war es schwer, die Leute über den Streik aufzuklären zu können. Einige von den Streikenden entschlossen sich kurzerhand, denselben Abend nach Zossen zu fahren und dort am Donnerstag früh den Arbeitern am Bahnhof vor der Abfahrt nach Berlin über die Ursache des Streiks Aufklärung zu geben. Mit Unterstützung der dortigen Parteigenossen ist es gelungen, die Arbeiter von der weiteren Arbeit in Berlin fernzuhalten. Der Streik übt weiter seine Wirkung aus. Der Reuzhaleter Asphalt-Compagnie mangelt es an Zement bei dem Straßenbau. Deshalb erteilte diese Gesellschaft am Donnerstag früh 8 Uhr 20 ihrer Arbeiter Auftrag, den fehlenden Zement in der Rungelstraße vom Bahn per Fuhrwerk abzuholen. Dieses Ansuchen lebten die Arbeiter einmütig ab. Mißlin ist der Stand des Streiks ein sehr günstiger. Wir bitten die Arbeiterschaft um ihre weitere Unterstützung.
Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter.
Die Wahlen zur Ortsklasse der Schneider und Schneiderinnen finden am 22. Mai 1906, abends von 6 1/2 Uhr bis 8 1/2 Uhr, in Meilers Festhale, Köpenickerstr. 96/97 statt.
Nachdem die Liste des Verbandes der Schneider bei den letzten Wahlen mit Zweidrittelmehrheit siegte, hält es die heute noch in der Klasse dominierende Reichsverbandlerklasse für ihre vornehmste Pflicht, der Arbeiterschaft die Wahl nach Möglichkeit zu erschweren. Um 6 1/2 Uhr beginnt die Wahl und soll um 8 1/2 Uhr enden. Wer die Verhältnisse in der Schneiderei kennt, der weiß, daß auf diese Weise einer ganzen Reihe von Wählern das Wählen vereitelt werden soll. Die Wahl der Arbeiterdelegierten wird von den heutigen „Vertretern der Arbeiter“ in der Klasse so früh geschlossen, daß ein Teil der Wähler um sein Wahlrecht kommen soll. Das darf für unsere Kollegen und Kolleginnen kein Grund sein, der Wahl fernzubleiben. Im Gegenteil! Nun erst recht ist es Pflicht jedes einzelnen, pünktlich zur Wahl zu gehen, damit die Reichsverbandler zum letztenmal ihre Manipulationen vornehmen konnten. Am Mittwoch den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Duggen-hagen, am Moritzplatz, eine öffentliche Versammlung statt, welche sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen wird. Arbeiter, Parteigenossen!

schützt eure Frauen und Töchter, welche in der Schneiderei tätig und Mitglieder der Ortsklasse sind, in diese Versammlung.

Kollegen und Kolleginnen! Giltet eifrig für einen guten Versammlungsbesuch.

Verband der Schneider und Schneiderinnen. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Glasbläser! In der H. E.-G., Klerikerstraße, waren die zwei dort beschäftigten Glasbläser wegen der Meißeler bis zum 7. Mai ausgesperrt. Als sie nun am Montagmorgen die Arbeit aufnehmen wollten, wurden dieselben entlassen mit der Begründung, daß diese Arbeiten aufgegeben werden. Die Kollegen sehen den Vorgang jedoch als Maßregelung an, schon aus dem Grunde, daß die beiden Glasbläser allein feierten, die Metallarbeiter aber nicht. Die Firma gilt für Glasbläser als gesperrt. Ebenfalls gilt die Firma H. Herrmann, Petersburgerstraße 77, für Glasbläser als gesperrt. Auch dort sind zwei Kollegen wegen der Meißeler entlassen worden. Erst wollte der Inhaber nur bis zum 7. Mai aussperrn; da der Herr sich aber jedenfalls zu den Schatzmachern rechnet, will er gleich ganze Arbeit machen.
Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Glasarbeiter.

Achtung, Barbierer!

Die Lohnkommission des Verbandes deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Gehilfen Berlin hat beschlossen, den Arbeitgebern, welche die Forderungen der Gehilfen anerkannt haben, vom Montag, den 14. d. M., ab im Nachweiskontor (Schillingstr. 15/16) Plakate zu verabsorgen. Die Ausgabe der Plakate erfolgt täglich in der Zeit von 2—4 Uhr nachmittags durch den Nachweiskontorleiter Baumgart, wofür sich noch Forderungen zur Unterschrift ausliefern. Die Arbeitsvermittlung findet nur von 9—11 Uhr statt.
Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Ein Streik der Maler ist in Rathenow ausgebrochen. — Zugzug ist fernzuhalten.

Eine neue Weberaussperrung.

Neumünster, 10. Mai. In der Tuchfabrik von Meckens ver-langen vier Weber eine Lohnerrhöhung. Als ihnen diese abge-schlagen wurde, legten sämtliche dort beschäftigten Weber die Arbeit nieder. Der Fabrikantenverein trat daraufhin sofort zusammen und sah-te den Beschluß, daß, sofern die Ausständigen die Arbeit innerhalb drei Tagen nicht wieder aufgenommen haben sollten, mit einer sukzessiven Aussperrung aller in den hiesigen Tuchfabriken beschäftigten Arbeiter vorgegangen werden soll.

Der Streik in der Aktiensiegelei München-Vogelhausen wurde nach dreiwöchentlicher Dauer vor dem Einigungsamt zugunsten der Arbeiter beigelegt. Die bisherigen Löhne wurden bis zu 7 Proz. erhöht, Anfangslöhne wurden festgesetzt und für Ueberstunden 25 Proz. für Sonntagsarbeit 50 Proz. Zuschlag vereinbart. Der Vertrag hat bis 1. Mai 1908 Gültigkeit.

Schon wieder ein christlicher Berrat.

Man gewöhnt sich daran, daß die christlich organisierten Arbeiter ihre Christentum dadurch betätigen, daß sie ihre frei-organisierten Kollegen verraten. Wo es irgendwo zum Streik kommt und wenn Christliche dabei eine Rolle spielen, zeigt sich das. Die Taktik der christlichen Holzarbeiter in Köln scheint da vorbildlich zu sein. Neuerdings ist ein solcher Fall aus Dortmund zu berichten, wo die Maler und Anstreicher sich um die Anerkennung eines Tarifes im Ausstand befinden. Zu-nächst machten auch hier wieder die Christen mit. Sie wurden, ob-schon nur etwa 30 Mitglieder umfassend, von den freiorganisierten anerkannt, auch erhielten sie ihre Vertretung in der Streik-kommission. Nachdem sich aber die ersten Verhandlungen mit den Unternehmern zerbrachen, warfen sie die Hände ins Korn, verrieten ihre freiorganisierten Kollegen, indem sie hinter deren Rücken neue Verhandlungen mit den Unter-nehmern anknüpften auf Grund eines von ihnen reduzierten Tarifentwurfs. Es ist eine Einigung zwischen den Unternehmern und den Christlichen erfolgt, und letztere be-schlossen, am Montag die Arbeit wieder aufzunehmen. Aber nicht nur dies, nein, die Christen haben auch noch die Absicht, Streik-brecher nach Dortmund zu lassen. Trotz dieser Ver-räterei ist die Situation für die Streikenden nach wie vor günstig. Denn die 30 unweiblichen „Christen“ fallen nicht ins Gewicht und fremde Streikbrecher dürften sie schwerlich finden. Immerhin ist der Fall wieder ein Beitrag zu der Frage, ob in Zukunft freie Gewerkschaftler überhaupt noch mit diesem Christengehülde paktieren können und dürfen.

Schon wieder eine „Bergewaltigung“ der Christlichen. Inse-re christlichen Ausgewerkschaftler sind doch recht sonderbare Käuze. Schon im Oktober vorigen Jahres, also zu einer Zeit, die Holzarbeiter ungünstigen Zeit, hat der christliche Holzarbeiterverband in München, ohne den Deutschen Holzarbeiterverband in Kenntnis zu setzen, den Arbeitgebern einen Tarif vorgelegt und wurde von diesen vollständig — ignoriert; die Unternehmer gaben nicht einmal eine Antwort. Die Christlichen harrten hierauf in christ-licher Demut der Dinge, die da kommen werden und ließen sechs Monate lang ihren Tarif — verstauben. Nun hat der Deutsche Holzarbeiterverband dem Arbeitgeberverband Forderungen vorgelegt und, um die Sache nicht auf die lange Bank zu schieben, das Einigungsamt angerufen, das bereits für Mittwoch Termin anberaumte. Prompt erschienen auch — die „Christlichen“ wieder aus ihrer Verleugnung und beantragten vor Eintritt in die Ver-handlung, daß auch sie als gleichberechtigter abfälliger Kon-trahent an den Beratungen teilnehmen dürfen. Dagegen wendete sich der Vertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Rath, indem er meinte, daß hierzu gar keine Veranlassung vorliege, hätten doch auch die „Christlichen“ im Oktober einen Tarif ein-gereicht, ohne mit dem Deutschen Holzarbeiterverband in Föhlung zu treten. Dazu komme noch, daß der christliche Holzarbeiterverband mit seinen 300 Mitgliedern gegenüber den 3300 Mitgliedern des Deutschen Holzarbeiterverbandes keinerlei Einfluß auf den Gang der Verhandlungen ausüben vermöge. Der Gewerkschaftler stellte die Entscheidung den Parteien anheim. Die Arbeitgeber meinten, daß sie keinen Anlaß hätten, sich für oder gegen die Zu-lassung zu entscheiden. Darauf erklärte der Vertreter der „Christ-lichen“: „Dann weichen wir der Gewalt!“ Sprachs und verschwand. — Hierzu wurde in die Verhandlungen ein-getreten. Nach zehnwöchiger Beratung machten die Vertreter des Arbeitgeberverbandes an den Deutschen Holzarbeiterverband vor-behaltlich der Zustimmung einer Vollversammlung der Meisterkongressionen, die auf einen friedlichen Abschluß der Tarifbewegung schließen lassen. — Die „Christlichen“ aber wurden „terrori-siert“ und „bergewaltigt“ — wenigstens werden wir dies in den nächsten Tagen in der Zentrumspreffe lesen.

Ausland.

Der V. Internationale Transportarbeiter-Kongreß findet vom 25. bis 29. Juni d. J. in Mailand, im Heim der Eisenbahnen Italiens, Via S. Gregorio 46, statt. Zur Verhandlung steht der Bericht der Zentralleitung, gegeben von dem Vorsitzenden Rodade; die Taktik im wirtschaftlichen Kampfe: a) bei Streiks und Aussperrungen, Referent J. Döring, Vorsitzender des deutschen Hafenarbeiterverbandes, b) bei Boykotts, Referent P. Müller, Vorsitzender des deutschen Seemannsverbandes, und c) speziell bei den Eisenbahnern, Referent Tomisch-Wien, Generalsekretär der organisierten Eisenbahner Oesterreichs. Ferner referiert der Vor-sitzende Schumann des deutschen Handels-, Transport- und Ver-fuhrarbeiterverbandes über die Berufsstatistik. Den Schluß machen die Beratungen der Anträge und die Vornahme der Wahlen. Die

J. Z. B. zählt jetzt 180 000 Mitglieder und hatte im Jahre 1905 eine Einnahme von 18 350 Mark, die nur zur Aufrechterhaltung des Sekretariats verwendet werden. Bei Streiks und Aussperrungen wird für die in Betracht kommende Organisation auf ihren Antrag von allen Organisationen finanzielle Unterstützung geleistet.

Der „Dansk Jernbaneforbund“ (Dänischer Eisenbahner-
verband) beschloß, vorläufig von einer Obstruktion abzusehen, aber für alle Fälle bereit zu sein, wenn die vom Verband gestellten For-derungen nicht bewilligt würden. Ferner soll die sozialdemo-kratistische Partei um Heberfassung eines einiger-maßen sicheren Wahlkreises ersucht werden, um zur kommenden Reichstagswahl einen Eisenbahner-kandidaten aufstellen zu können. Weiter sollen ernsthafte Schritte unternommen werden zum Anschluß an den gesamten Nordverein. Ein Antrag auf Bewilligung von 300 000 Kronen Rietezuschuß wurde im Reichstag mit 65 gegen 37 Stimmen ab-gelehnt.

Die Streiks in Frankreich.

Die Zahl der ausländigen Arbeiter der Automobilindustrie im Seinedepartement beträgt bereits über 25 000. Dazu kommt eine große Anzahl von Metallarbeitern und Keilschmiedern, die sich diesem Werke angeschlossen haben. 800 Automobile- und Keilsch-fabriken beschlossen in ihrer gestern abend abgehaltenen Versamm-lung, sämtliche Forderungen der Ausständigen abzulehnen. In Lunelle streiken 300 Arbeiter einer Automobilfabrik wegen Ver-weigerung der Lohnerrhöhung.

Die Streikbewegung in Italien.

Der Ausstand in Turin ist beendet; nur die Arbeiter der Seidenwebereien sind noch im Ausstand. In Genua hat sich die Arbeitsskammer in einer Besamntmachung gegen den Generalausstand erklärt; sie bezeichnet ihn als gefährlich unter Hinweis auf die Tu-riner Vorgänge; der dortige Bauereausstand nimmt seinen Fort-gang. In Mailand ist infolge des Generalausstandes der Straßen-bahnverkehr eingestellt, die Zeitungen können nicht erscheinen. Der Generalausstand ist ferner in Parma, wo er 24 Stunden dauern soll, sowie in Livorno und Forli verkindet worden. In Bologna dauert der Ausstand fort; doch haben die Stadtbefehdigung und die Brotversorgung infolge hierfür getroffener Maßnahmen bisher keine Unterbrechung erlitten. Für Rom ist der Generalausstand für gestern nachmittag proklamiert.

Der Streik bei der „Navigazione Generale Italia“ hat mit einem vollständigen Siege der seemannischen Arbeiter gendet.

Der amerikanische Kohlengräberstreik.

Ein Komitee von Vertretern der freilebenden Kohlengräber und Vertretern der Grubenbesitzer trat in New York zusammen und einigte sich dahin, daß die alten Bedingungen noch auf weitere drei Jahre in Kraft bleiben sollen. Diese Bedingungen wurden im Jahre 1903 von einer durch Roosevelt's Vermittlung eingesetzten Kom-mission festgelegt, nachdem die Kohlengräber einen Riesenstreik in-szeniert hatten. Um die Erneuerung des Vertrages handelte es sich hauptsächlich diesmal. Das Einigungsprotokoll wurde am Montag in New York von beiden Parteien unterschrieben und damit ist der Friede wieder hergestellt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Unwetter.

Rain, 10. Mai. (B. T. B.) Während eines heftigen Ge-witters, das heute nachmittag über die Stadt niederging, wurde der südliche Stadtteil von einem Wirbelsturm heimgesucht, ein Neubau wurde umgeworfen, und auf dem Rhein wurde ein Schlepplahn um-geschlagen.

Ein Dementi.

Paris, 10. Mai. (B. T. B.) Die Wäntermeldung, daß gestern ein Korporal des 103. Infanterieregiments bei einem Kravall vor einer Automobilfabrik, als das Militär einschreiten sollte, Ochsrufe auf die Sozialdemokratie und den Streik ausgebracht haben soll, wird von der Militärverwaltung dementiert.

Der Generalkstreik in Rom.

Rom, 10. Mai. (B. T. B.) Infolge der um 12 Uhr mittags erfolgten Proklamierung des allgemeinen Ausstandes in Rom ver-anstalteten die Zeitungen Extrazusgaben mit der Mitteilung, daß sie bis zur Wiederaufnahme der Arbeit durch die Buchdrucker ihr Erscheinen einstellen. Rom hat bis jetzt, um 2 Uhr mittags, sein gewöhnliches Aussehen; nur die Straßenbahnen, der größere Teil der Droschkentischer und die gewerblichen Arbeiter feiern. Die Zeitungen mißbilligen einmütig den Ausstand und mahnen zur Ruhe. Die Regierung hat alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu gewährleisten. „Giornale d'Italia“ hebt besonders hervor den rühmlichen Opfer-mut, den die Armees durch wirksamen und würdigen Schutz der öffentlichen Ordnung an den Tag legt. In Mailand nimmt zur gegenwärtigen Stunde (2 Uhr nachmittags) der Ausstand einen sehr ruhigen Verlauf. Die Streikkommission hat beschlossen, einer auf heute nachmittag einzuberufenden Versammlung der Streikenden die Beendigung des Ausstandes für heute nacht 12 Uhr vorzuschlagen.

Der Generalkstreik vor der italienischen Kammer.

Rom, 10. Mai. (B. T. B.) Deputiertenkammer. Visolati (Sozialist) tabelt das Vorgehen der Polizeibeamten in Turin, die man hätte verhaften müssen, und erklärt sodann, die sozialistische Gruppe der Kammer habe von dem Generalausstand abgeraten und nun, nachdem derselbe ausgebrochen, zur Ver-handlung einer Ausartung den Geschehnisse eingebracht, der Regierungen unter den Arbeitern verhindern soll, sowie den Antrag auf sofortige Beratung des Geschehnisses. Die sozialistische Gruppe werde jedes gesetzliche Mittel anwenden, um dieses Ziel zu erreichen; wenn sie eine Niederlage erleide, werde sie beraten, ob es angezeigt sei, daß sie weiter in der Kammer bleibe. Ministerpräsident Sonnino erwidert auf die Ausführungen Visolatis, daß die Gerichtsbehörden eine Untersuchung über die Vorgänge in Turin eröffnen haben und von ihnen die Entscheidung über alle Verhaftungen abhängt. Die Kammer verläßt darauf den Gegen-stand und tritt in die Beratung der Tagesordnung ein.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung teilt der Präsident mit, daß Turati und andere Sozialisten den Geschehnisse betreffend Regierungen unter den Arbeitern mit einem Antrage auf dessen sofortige Be-ratung eingebracht haben. Ministerpräsident Sonnino bekämpft diesen Antrag als geschäftsordnungswidrig. Der Präsident erklärt, daß gleiche. Ferri (Soz.) bestreitet diese Auffassung. Visolati schlägt folgende abgeänderte Form des Antrages vor: Die Kammer erklärt, daß gesetzgeberische Maßnahmen nötig sind, um Regierungen unter dem Voletatat zu verhindern. Sonnino erklärt, er lehne den Antrag ab, da er nicht zugrebe, daß solche Regierungen vorgekommen seien. (Zehlfacher Weisfall. Unruhe auf der äußersten Linken.) Glolitti erklärt, er unterstütze in dieser Frage den Ministerpräsidenten, ohne damit natürlich sein Vertrauen zur Politik des Kabinetts bekunden zu wollen. Schließlich wird der Antrag Visolati mit 199 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Streikerröndigung.

Suffala, 10. Mai. (B. T. B.) Infolge einer Uebereinkunft, die während der letzten Nacht in Cleveland zwischen den aus-ständigen Hafenarbeitern und den Reedern getroffen ist, haben sich heute früh alle hiesigen Hafenarbeiter wieder zur Arbeit gemeldet. Es sind zehn Tage erforderlich, um die Arbeiten, die sich infolge des Ausstandes angehäuft haben, zu bewältigen.

Reichstag.

99. Sitzung vom Donnerstag, den 10. Mai, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsliche: Frhr. v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzes betreffend

Besteuerung der Erbschaften.

Zu § 12, bei welchem die Beratung gestern abgebrochen wurde, liegt ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) vor, der eine stärkere Staffelung sowie die Einbeziehung der Deszendenten und Ehegatten vorsieht.

Reichschatzsekretär Frhr. v. Stengel: Die verbundenen Regierungen werden dem Antrag Albrecht nicht zustimmen; ich bitte, ihn auch hier abzulehnen.

Abg. v. Savigny (Z.): Ein Teil meiner Freunde haben die grundsätzlichen Bedenken gegen eine Erbschaftssteuer nicht fallen lassen; aber auch denen, welche der Steuer zustimmen, sind die Vorschläge der Kommission zu weitgehend: Besteuerungen bis zu 25 Proz. stellen sich nicht mehr als Abgabe dar, sondern als Vermögensentziehung.

Abg. Westermann (nall.): Die Bedenken, die auch wir gegen die Erbschaftsteuer haben, müssen gegenüber der Aufgabe, die Reichsfinanzen zu sanieren, zurücktreten, zumal die von der Kommission vorgeschlagenen Sätze allen billigen Forderungen gerecht werden und nur sehr hohen mühelosen Gewinn stark treffen.

Auf Antrag des Abg. Gerlach wird die Diskussion über den vor ihm beantragten § 61a, der jeden Nachlass von mehr als 10 000 M. besteuern will, mit zur Debatte gestellt, weil es sich auch da um das Prinzip der Besteuerung von Erbschaften bei Deszendenten handelt.

Abg. Dietrich (l.): Auch von meinen Freunden kam ein Teil den von der Kommission vorgeschlagenen Sätzen nicht zustimmen, weil sie schon eine Vermögenskonfiskation bedeuten.

Abg. Wiemer (fr. Sp.): Wir stimmen der Vorlage zu, um dem Reich nach Maßgabe seiner Bedürfnisse Mittel zuzuführen, aber nur auf dem Wege einer gerechten Steuer.

Abg. Rattmann (Wirtsch. Vg.): Die Besteuerung der Erbschaften an Ehegatten und Kinder auch nur mit 2 Proz. halten wir für ganz unsozial; dagegen hätten wir nichts dagegen, wenn z. B. ein krankhafter veranlagter Mann sein Vermögen irgend einem Parteiführer vermacht, diese Erbschaft mit 50 Proz. zu besteuern.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Die Erbschaftsteuer soll 72 Millionen Mark bringen, also 1,2 M. auf den Kopf der Bevölkerung.

Abg. Gerlach (fr. Sp.): Der Gedanke der Deszendentensteuer ist in der ersten Lesung von drei Rednern des Zentrums vertreten worden; in der Kommission ist der Antrag zurückgezogen und heute wird er von den Rednern des Zentrums bekämpft!

Abg. Hilpert (Wirtsch. Vg.): Trotz mancher Bedenken stimmen wir dem Gesetze zu, behalten uns jedoch unsere Abstimmung für die dritte Lesung vor.

Abg. Bernstein (Soz.):

Die Ausnahmestimmungen für die Kirchenstiftungen usw. Bitte ich unserem Antrage gemäß schon aus einfachen praktischen Erwägungen zu streichen und demgemäß auch später den § 14, der diese Privilegien aufhebt, zu eliminieren.

schäge, die Einkünfte aus Kohle- und Kalibergwerken bilden, wo Kapital und Aktien in die Millionen gehen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Dr. Wiemer hat gemeint, unser Antrag entspringe unserem Streben nach einer kommunistisch-sozialistischen Gesellschaftsordnung. Unsere Vorschläge können aber durchgeführt werden, ohne das Fundament der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung aufzuheben.

Abg. Gotschke (fr. Sp.): Der Antrag Gerlach weist Ihnen den Weg, zu beweisen, daß Sie in der ersten Lesung nicht nur allgemeine Lebensarten gebraucht, sondern ernsthaft gesprochen haben.

Die sozialdemokratischen Anträge zu § 12 werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt, sodann der § 12 in der Fassung der Kommission in namentlicher Abstimmung mit 210 gegen 40 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen.

Hierauf wird der Antrag Gerlach auf Einführung einer Nachlasssteuer gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen Vereinigung abgelehnt.

Die §§ 1—11 werden debattelos angenommen. Es folgt der von dem Abg. Wölkemann und Verhen beantragte § 11a, wonach Schenkungen, die der Erblasser innerhalb der letzten zwei Jahre vor seinem Tode gemacht, der Erbschaftsteuer unterliegen sollen.

Abg. Wölkemann begründet den Antrag. Direktor im Reichsschatzamt Nahu: Die Schenkungssteuer ist keine Geldquelle, muß aber eingeführt werden, damit die Erbschaftsteuer nicht umgangen wird.

Abg. v. Gerlach (fr. Sp.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Abg. Am Rehnhoff (Z. — Berichterstatter) verteidigt die Kommissionsbeschlüsse.

Abg. Wiemer (fr. Sp.) schließt sich dem Berichterstatter an.

Abg. Wölkemann (Sp.): Es ist nicht richtig, daß eine Schenkungssteuer notwendig ist, um eine Erbschaftsteuer wirksam zu machen.

Die Anträge Wölkemann zu § 11a und zu § 60 werden abgelehnt.

Die weitere Beratung wird auf Freitag 1 Uhr verlagert. Tagesordnung: Fortsetzung der Beratung der Erbschaftsteuer und Mantelgesetz.

Schluß 6 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Wahl Mallewicz gültig!

Ueber die Wahl des Abgeordneten Mallewicz im Wahlkreis Kolberg-Röcklin haben auf Beschluß des Reichstages Erhebungen stattgefunden, die vorgelommene Wahlfälligkeiten, sowie amtliche unzulässige Beeinflussungen bestätigten.

Ferner sind in den Diensträumen des Landratsamts die Aukerks an die Wähler adressiert und mit Stimmzetteln und Flugblättern besetzt, sodann in Köchen durch Beamte, die für Mallewicz Wahl agitierten, mit dem Bagen des Landrats zur Post befördert worden.

Die Petitionskommission des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag mit mehreren Petitionen aus dem Kreis der Gerichtsvollzieher, betreffend die Abänderung der Zivilprozessordnung und der Gebührenordnung für Gerichtsvollzieher.

Eine Petition, betreffend Einführung einer besonderen Eidesformel für Dissidenten soll dem Reichskanzler als Material überwiesen werden.

Eine neue Phase der russischen Revolution.

Die Duma ist heute, Donnerstag, in Petersburg mit höfischem und geistlichem Gepränge eröffnet worden.

funden, bei der Eröffnung persönlich zu erscheinen und eine kurze Begrüßungsrede zu verlesen, in der er in allgemeinen Phrasen das Glück seines Volkes zu wollen beteuerte und den Arbeiten der Duma im besonderen Erfolg wünschte.

Wie die Einberufung der Reichsstände in Frankreich im Jahre 1789 erst die Revolution ins Rollen brachte, so dürfte auch der Zusammentritt der Duma eine neue Phase der Revolution einleiten.

Die Eröffnung der Duma.

Petersburg, 10. Mai. Bereits um zehn Uhr trafen die Majestäten von Petersburg hier ein und begaben sich von der Anlegestelle gegenüber dem Winterpalais zu Fuß in den Palais.

Vor dem in der Mitte des Saales aufgestellten Altar küßten die Majestäten das Kreuz, worauf unter Leitung der Metropolitan von Petersburg, Moskwa und Aiew und unter Mitwirkung des Hofkapellmeisters, eine Anacht abgehalten wurde.

Die dreifache Sperrkette.

Ueber die Absperrungsmaßregeln berichtet der „Russische Kurier“: Die Eröffnung der Reichsduma erfolgte unter Umwidlung eines mächtigsten Komplexes und Beobachtung allerhöchster Maßnahmen.

Der Eid auf den Selbstherrscher.

Petersburg, 10. Mai. Die Parlamentarier der konstitutionell-demokratischen Partei kam gestern zu dem Beschluß, daß die Ablegung des Eides und die Unterzeichnung der Eidesformel der Ueberzeugung der Partei widerspreche.

Protest der Bauernvertreter.

Petersburg, 9. Mai. (Laffan-Meldung.) Die Bauernvertreter zur Duma, die 130 Abgeordnete zählen, nahmen in einer Versammlung eine Resolution an, in der erklärt wird, die neue kaiserliche Kundgebung vernichte das Manifest, durch welches die Duma ins Leben gerufen wurde.

Die Presse über die Eröffnung der Duma.

Petersburg, 10. Mai. Die offiziöse „Rov. Wrem.“ begrüßt den Tag als einen der wichtigsten in der tausendjährigen Geschichte Anhalts.

feinen Artikel mit der Frage: „Was morgen wird? Entweder das Ende oder der Anfang der Revolution.“ „Solna“ sagt, die Bourgeoisie habe sich mit der Regierung verbunden und feiere heute das Verbrüderungsfest, das aber in Wahrheit die Totenfeier beider darstellt.

Warschau, 10. Mai. (W. L. V.) Anlässlich der Eröffnung der Reichsbahn ist heute hier offizieller Feiertag. Die Sozialisten proklamieren als Gegenmanifestation den Streik, der jedoch nur teilweise gelungen ist. In Lodz ist der Ausstand fast allgemein.

Die Ansprache des Zaren.

Petersburg, 10. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphenagentur.) Die Ansprache des Kaisers Nikolaus lautet:

„Die durch die göttliche Vorsehung mir übertragene Fürsorge für das Wohl des Vaterlandes hat mich bewogen, vom Volke Erwählte zur Mitarbeit an den gesetzgeberischen Arbeiten zu berufen. Mit klammendem Glauben an eine heitere Zukunft ruhe ich in Ihnen die besten Männer, welche zu erwählen ich meinen geliebten Untertanen befohlen habe. Schwere und komplizierte Arbeiten stehen Ihnen bevor. Ich glaube, die Liebe zur Heimat und ein heifer Wunsch werden Sie befeelen und werden Sie einigen. Ich aber werde die von mir gewählten Institutionen unerschütterlich bewahren, mit der festen Überzeugung, daß Sie alle Kräfte für den aufopfernden Dienst für das Vaterland verwenden werden, zur Klarstellung der Bedürfnisse der meinem Herzen nahestehenden Bauernschaft, der Aufklärung des Volkes und der Entwicklung seines Wohlstandes, einkend dessen, daß für die Größe und das Wohlergehen des Staates nicht nur Freiheit nötig ist, sondern auch Ordnung auf der Grundlage des Rechtes. Mögen sich meine heißen Wünsche erfüllen, mein Volk glücklich zu sehen und meinem Sohne einen festen, wohlgeordneten, aufgestellten Staat als Erbe zu hinterlassen. Gott segne die mir im Verein mit dem Reichsrat und der Duma bevorstehende Arbeit, und möge dieser Tag eine Verjüngung des Russenlandes in moralischer Hinsicht und eine Wiedergeburt seiner besten Kräfte bedeuten. Gehen Sie an die Arbeit, zu der ich Sie berufen habe, und rechtfertigen Sie würdig das Vertrauen des Zaren und des Volkes. Gott helfe mir und Ihnen!“

Wie man sieht, enthält diese Ansprache zwar noch sehr viel absolutistischen Dünkel und eine reichliche Portion widerlicher Heuchelei, dafür aber nicht den geringsten Hinweis auf die Rechte und Freiheiten, die dem Volke eingeräumt werden sollen. Auch von der erwarteten Amnestie ist keine Rede.

Die Ansprache Wäterschens wird ihre Wirkung auf die Volksmassen schwerlich verfehlen. Freilich nicht in dem von dem gekrönten Epileptiker vermutlich erwarteten Sinne!

Aus der Partei.

Von der „Jungen Garde“, dem Organ des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands, ist die 2. Nummer erschienen. Sie konstatiert erfreulicherweise, daß die Nr. 1 gute Aufnahme gefunden hat. Im letzten Monat hat sich die Zahl der Verbandsmitglieder nahezu verdoppelt, das erste Tausend ist überschritten. Möge es so weitergehen!

Einen Antrag auf die Erklärung der Unwürdigkeit zur Bekleidung eines Parteiämtes hat die Kreiskomitee für den Wahlkreis Solingen gegen den Genossen May, derzeitigen Lokalredakteur der „Freien Presse“ zu Elberfeld-Barmen, früheren Redakteur der „Vergiftigen Arbeiterstimme“ zu Solingen an den sozialdemokratischen Wahlverein zu Warmen gerichtet. May hat am 1. Mai in dem Solinger Parteiblatt ein sogenanntes Festgedicht veröffentlicht. Die Anfangsbuchstaben der Zeilen ergaben nun, von oben nach unten gelesen, die beiden Worte: Varenvater Hammesfahr. Hammesfahr ist ein Unternehmer, bei dem vor einiger Zeit die in den Solinger gewerkschaftlichen Lokalvereinen organisierten Arbeiter streikten, während die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes die Beteiligung am Streik verweigerten. Darob kam es zu heftigen Streit in der Solinger Arbeiterbewegung. An diesen häßlichen Streit hat nach der Vergiftigen Arbeiterstimme“ May durch dieses Gedicht am 1. Mai erinnert und anßerdem die Parteigenossenschaft Solingens beleidigt. Für die in die lokalen Vorgänge Eingeweihten wird also in den Worten „Varenvater Hammesfahr“ eine beleidigende Anspielung stehen, von deren Schwere es abhängt, ob die von den Solinger Genossen geforderte Strafe, die für May den Verlust seines Redakteurpostens bedeutet, angemessen ist. Eine große Geschmacklosigkeit ist die Tat Mays auf alle Fälle; sie wird verschlimmert durch den Umstand, daß das sogenannte Festgedicht künstlerisch unter aller Kränze ist. Die Solinger beschuldigen May außerdem noch, daß er das Geheimnis des Gedichts an die hiesige Presse verraten habe. May hat eine Erklärung in der „Freien Presse“ erlassen, worin er die Sache als harmlos, lediglich als eine Verurteilung des Unternehmers Hammesfahr hinstellt und angibt, daß nicht er, sondern ein Freund Indiskretion begangen habe. Die Wanner Genossen werden die üble Sache ernst zu prüfen haben.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Gegen die Haftentlassung des Genossen Albert hat die Breslauer Staatsanwaltschaft Beschwerde an das Oberlandesgericht eingereicht. Sie wird kaum viel nützen, denn das Landgericht hat kurz und bündig festgestellt, daß kein Fluchtverdacht vorliegt.

Immer noch Flugblatts- und Aufreizungsprozesse. Freigesprochen wurde von der Strafkammer zu Hirschberg (Niesengebirge) der Genosse Schriftsetzer Kasparek, der durch ein Wahlrechtsflugblatt zu Gewalttätigkeiten aufgereizt und Staatseinrichtungen verächtlich gemacht haben sollte. Sehr amüßant war in der Verhandlung, daß der Staatsanwalt auf die Frage der Verurteilung, welches denn die angebliehen erachteten oder entstellten Tatsachen seien, durch deren Behauptung der Angeklagte verächtlich gemacht haben solle, antworten mußte, ihm seien diese Tatsachen nicht bekannt. So blieb nur die Aufreizung übrig. Der Staatsanwalt hielt sie für erwiesen und beantragte drei Monate Gefängnis. Das Gericht fand aber nichts Strafbares in dem Flugblatt. Ebenfalls wegen eines Wahlrechtsflugblattes standen sieben Genossen in Magdeburg, der Parteisekretär Holzappel, der Druckereileiter der „Volkstimme“ Bethge, als Herausgeber und Drucker, die anderen, Lachemacher, Königstedt, Gorgas, Vater und Haupt, als Verbreiter vor dem Landgericht. Das Urteil soll am Dienstag, den 15. Mai gefällt werden.

Strafkonte der Presse. Wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung in drei Fällen wurde vom Schöffengericht zu Breslau der Genosse Klähs von der „Volkswacht“ zu 10 Tagen Gefängnis verurteilt. Es handelt sich um Streifennotizen.

Aus Industrie und Handel.

Oberbürgermeister — Aufsichtsrat.

Ueber viel freie Zeit verfügen mag der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, oder die Deklarierung zum Aufsichtsrat stellt an die Arbeitskraft keine großen Anforderungen. Herr

Machens, Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, einer Stadt, in welcher die Verwaltung besonders auf hygienischem Gebiete noch vor großen ungelösten Aufgaben steht, wie der Gelsenkirchener Wasserwerksprojek durch die Untersuchungen des Professors Reitenlofer ergeben hat, ist nebenamtlich schon seit einer Reihe von Jahren Aufsichtsrat bei dem Gelsenkirchener Wasserwerk und bei der Gelsenkirchener Straßenbahn. Kürzlich avancierte er zum Aufsichtsrat des Thyssen-Stinneschen Elektrizitätswerkes in Essen und nun tritt er mit Stinnes zusammen auch in den Aufsichtsrat der A. V. G. für Gas und Elektrizität in Köln ein. Herr Machens macht sich,

Nach ist die Zeit der — Preissteigerungen. Die gemischten Werke erhöhten als Folge der von ihnen vorgenommenen Preissteigerungen für Halbzeug die Preise für Flußstabeisen auf 125 M. und für Feinblech auf 138 M. — Um 50 Pf. pro Doppelzentner setzten die Breslauer Großhändler die Preise für Walzeisen und Bleche hinauf.

Auf der in Köln abgehaltenen Sitzung der Vereinigung der rheinisch-westfälischen Eisenwalzwerke wurden der Rheinisch-Westfälischen Zeitung zufolge die Vandeisenpreise für das Inland um 7 1/2 M. für 1000 Kilogramm auf 140—142 1/2 M. erhöht.

Getreidestatistik. Der auswärtige Handel des deutschen Zollgebietes mit Getreide und Mehl zeigt nach den Zusammenstellungen des Statistischen Amtes folgende Ziffern, alles in Doppelzentnern:

	Gesamteinfuhr		Gesamtausfuhr	
	1. August bis 30. April 1904/5	1903/4	1. August bis 30. April 1904/5	1903/4
Roggen	6 120 007	2 672 209	1 117 907	3 870 226
Weizen	22 388 048	15 194 525	2 147 920	2 054 797
Gerste	15 081 679	11 777 618	206 407	361 889
Hafers	9 836 468	5 448 572	1 256 278	1 959 156
Weizenmehl	10 021 207	7 801 449	320 154	325 344
Roggenmehl	14 344	12 987	542 238	962 297
Weizenmehl	258 523	149 086	445 459	632 594

Einfuhr in den freien Verkehr nach Verzollung: Gesamte verzollte Menge

	1. August bis 30. April		
	1903/6	1904/5	1903/4
Roggen	5 867 910	2 654 898	4 890 738
Weizen	22 179 174	14 000 100	14 381 866
Gerste	14 847 804	11 728 229	12 585 063
Hafers	9 189 619	4 550 707	2 807 332
Weizenmehl	9 635 013	7 150 699	6 768 730
Roggenmehl	227	447	424
Weizenmehl	208 533	96 829	176 988

Von der Menge des letzten Berichtsjahres sind nach dem neuen

Zolltarif verzollt:	
Roggen zu 5 M.	124 546 Doppelzentner
Weizen zu 5,50 M.	919 091
Malzgerste zu 4 M.	2 313
Anderer Gerste zu 1,30 M.	1 900 375
Hafers zu 5 M.	111 698
Hafers zu 7 M.	7
Weizen zu 3 M.	183 551
Weizen zu 5 M.	1
Roggenmehl zu 10,20 M.	50
Weizenmehl zu 10,20 M.	1,564

Geschäftsergebnisse im Jahre 1905. Die Aktiengesellschaft Rix u. Genest, Telephon- und Telegraphenwerke Berlin, erzielt 476 298 M. Reingewinn gegen 307 144 M. im Vorjahre. 8 Proz. Dividende kommen zur Verteilung. — 12 1/2 Proz. Dividende schüttet aus die Akkumulatorenfabrik Aktiengesellschaft Berlin. — Bei einem Reingewinn von 223 734 M. bringt die Kreis Ruhrorter Straßenbahn 6 Proz. Dividende zur Verteilung gegen 5 Proz. für 1904. — Mit 15 Proz. Dividende müssen sich die Aktionäre der Aktiengesellschaft für Glasindustrie normals Siemens begnügen. — Die Sprengstoffgesellschaft Kosmos-Hamburg erbrachte diesmal 7 1/2 Proz. Dividende. — Die Vant für Drauinindustrie gibt 6 Proz. — Den Aktionären der Uhrfellenfabrik Kollmar u. Jourdan fließen 15 Proz. zu. — Ein Reingewinn von 104 695 M. und 10 Proz. Dividende ist das Ergebnis bei der Aktiengesellschaft Carlshütte-Rendsburg. — Die Aktionäre der Berliner Expeditions- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft erhalten aus 172 967 M. Reingewinn 7 1/2 Proz. — Auf 8 Proz. ist diesmal die Dividende der Finkenbergs Aktiengesellschaft Portland-Zementwerke bemessen. — Bei den Alkaliwerken Westeregeln gestatten 1 076 000 Mark Reingewinn die Absetzung einer Dividende von 15 Proz. — 5 827 483 Mark Bruttogewinn, 3 021 377 Mark Reingewinn, 12 Proz. Dividende, mit solchem Resultat wartet die Verwaltung der Chemischen Fabrik Griesheim, „Elektron“ den Aktionären auf. — Die Aktiengesellschaft Hühnerhäuser hätte hat diesmal den Erwartungen der Papierarbeiter nicht entsprochen. Der Reingewinn stellt sich auf nur 164 346 M., die Dividende auf 13 Proz. — und man wollte mindestens 20 Proz. haben. — Auch in der Generalversammlung der Aktiengesellschaft für Anilin-Fabrikation gab es Murren über das unbefriedigende Ergebnis, nur 22 Proz. Dividende fließen den Aktionären zu. Man hielt das für ein bißchen wenig. Die Verwaltung mußte mehr aus den Arbeiterfönden herausfinden! — Die Signalbauanstalt M. Juedel u. Co., Braunschweig, bringt wiederum 18 Proz. Dividende zur Verteilung. — Auf 12 Proz. ist die Dividende der Schöneberger-Friedenauer Terrain-Gesellschaft bemessen. — Mit einem Gewinn, der 50 Proz. Dividende ermöglicht — gegen 47 1/2 Proz. für 1904 — schließt die Viktorias-Verkehrsgesellschaft das Geschäftsjahr. — 20 Proz. Dividende erbrachte die Kreuznacher Glashütte Aktiengesellschaft

Automobilbau in Amerika. Nach Angaben in einem Patentprozeß sind im letzten Jahre in den Vereinigten Staaten 27 840 Automobile hergestellt worden. Der Verkaufspreis aller im letzten Jahre verkauften Automobile betrug 39,1 Millionen Dollar. Dazu wurden im letzten Jahre 1036 Automobile im Verkaufswerte von 6 700 000 Dollar importiert. Der vollständig abgeklärte Einfuhrwert der im letzten Jahre in das Land gebrachten Motortwagen stellt sich auf 4 150 000 Dollar, gegen 2 200 432 Dollar für 1904 und 1 300 000 Dollar für 1903.

In den drei Jahren von 1903 bis 1905 sind 41 043 amerikanische Automobile für insgesamt 58 742 907 Dollar verkauft worden, und unter Dinzurechnung der importierten Motortwagen stellt sich der Gesamtverkauf der verkauften Wagen auf 63 141 437 Dollar.

Der Aufschwung der amerikanischen Automobilindustrie zeigt sich auch in dem steigenden Automobilerport, und zwar haben die Vereinigten Staaten dem Ausland im Jahre 1905 für 2 695 655 Dollar Automobile und Teile von solchen geliefert, gegen 1 897 510 Dollar und 1 643 029 Dollar in den beiden vorhergehenden Jahren. Davon sind 1905 für 707 045 Dollar nach Großbritannien, für 537 588 Dollar nach Kanada, für 269 703 Dollar nach Frankreich, für 105 457 Dollar nach Deutschland, für 163 978 Dollar nach Italien, für 239 879 Dollar nach dem sonstigen Europa, für 192 452 Dollar nach Mexiko, für 151 859 Dollar nach Westindien und für 120 083 Dollar nach dem britischen Australien zur Ausfuhr gelangt.

Textilindustrie in Japan. Am Ende des Jahres 1905 waren in Japan 1 330 000 Spindeln im Betriebe, wels 905 537 Ballen Garn erzeugten. Die Produktion stieg um 210 824 Ballen gegenüber 1904. An Arbeiter wurden im Jahre 1905 12 811, an Arbeiterinnen 58 634 beschäftigt. Der Gewinn der Fuji Spinnereigesellschaft stellte sich in der letzten Hälfte 1905 auf 405 000 amerikanische Dollar, so daß eine Halbjahresdividende von 10 Proz. an die Aktionäre verteilt werden konnte; die Gesellschaft beschloß eine Kapitalerhöhung von

1 200 000 Dollar zur Vergrößerung ihrer Fabriken. Die Direktion der Amagasaki Spinnereigesellschaft entschied sich für die Einstellung von 20 000 neuen Spindeln. Eine andere Gesellschaft will in Schanghai eine neue Spinnerei mit einem Kostenaufwand von 1 500 000 Dollar errichten.

Auch in der Baumwollweberei trat im Laufe des Jahres 1905 eine starke Entwidlung zutage. Im Vorjahre hatten neun Spinnereien die Webereien mit 5000 Stühlen betrieben; die Zahl der Stühle war bis Ende 1905 auf 7472 angewachsen. Die Produktion stellte sich für 1905 auf 60 Millionen Yards Baumwollzeuge. — Die Produktion von Baumwollzeugen nimmt gegenwärtig ganz bedeutend zu. Die Befürchtung, daß die Spinnereien zu viel Garn liefern und den Markt drücken werden, scheint bald einer anderen Besorgnis Platz machen zu sollen, nämlich der, daß die Spinnereien nicht mehr instande bleiben, den Webereien genug Garn zu liefern.

Präsident Roosevelt als „Anarchist“. Roosevelt hat kürzlich an den Kongreß eine Botschaft gesandt, in welcher die Standard Oil-Gesellschaft bloßgestellt wird. Diese Gesellschaft erhält von den Eisenbahnen beim Transport ihrer Produkte einen Rabatt, der in die Millionen geht, natürlich zum Schaden kleinerer Produzenten, welche die vollen Frachtraten bezahlen müssen. Roosevelt wollte damit seine Stellungnahme für eine Bundeskontrolle über die Eisenbahnen stärken (das Gesetz darüber liegt immer noch unerledigt im Senat, trotzdem es vom Repräsentantenhaus mit überwältigender Majorität angenommen worden ist). Das Standard Oil-Monopol ist das mächtigste der Welt und Angriffe gegen dasselbe bleiben nicht ungerächt. Der Kanzler der Syracuse Universität im Staate New York nannte Roosevelt öffentlich einen Anarchisten, weil er den Reipelt vor den großen Dicks vermindern helfe. Es ist seit einigen Jahren Gepflogenheit, jeden einen Anarchisten zu nennen, der den Krusts die leiseste Opposition macht. Die Syracuse Universität wird übrigens zum großen Teil von Standard-Oil-Moneten unterhalten. Dafür muß die — freie Wissenschaft doch dankbar sich erweisen.

Kommunale Uhrenfabriken. In den Tälern des Jura bildet die Uhrenindustrie die hauptsächlichste Erwerbsquelle der Bevölkerung. In verschiedenen Gemeinden hat die Dorfbehörde Gemeindefabriken errichtet. So wurde kürzlich in Remen eine neue Gemeindefabrik erbaut, und gleiche Projekte bestehen in zwei Gemeinden im Amt Bruntrut und in einigen anderen Dörfern.

Soziales.

Brügelrecht der Herrschaft?

Vor dem Rathenower Schöffengericht hatte sich dieser Tage, wie die „Brandenburger Zeitung“ mitteilt, eine Landwirtsfrau aus Wolfier wegen sorgfältiger Mißhandlungen ihres Dienstmädchens zu verantworten. Nach Angabe der Angeklagten war das Mädchen faul, ungehorsam und untreu, weshalb sie dasselbe mittels Anwendung von Besensstiel, Blechgefäß und Messer — letzteres will sie nur mit der Schale gebraucht haben — bessern wollte. Diese „Erziehungsmittel“ versagten aber, so daß die Frau das Mädchen schließlich entließ. Der Gerichtshof zeigte viel Verständnis für eine solchermaßen „geplagte“ Herrschaft und sprach die Angeklagte frei unter Berufung auf § 77 der Gefindeordnung, nach welchem Scheltworte und Tadellichkeiten der Herrschaften gegen das Gefinde strafflos sind, wenn die Herrschaft durch das Verhalten des Gefindes dazu gereizt wird.

Das Rathenower Schöffengericht hat durch sein Urteil dem Gesetz zuwider gehandelt. § 77 der preussischen Gefindeordnung besagt nicht mehr zu Recht. Das Rathenower Schöffengericht ist offenbar der völlig irrigen Ansicht des preussischen Polizeiministers gefolgt, der dieser in seinem Erlass vom 11. August 1898 Ausdruck gab.

Bei der großen Wichtigkeit dieser Frage erscheint es insbesondere mit Rücksicht auf die nicht unerhebliche Verbreitung der ministeriellen Irrlehre angebracht, etwas ausführlicher die Frage zu behandeln. § 95 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch schreibt vor: „Ein Züchtigungsrecht steht dem Dienstberechtigten dem Gefinde gegenüber nicht zu.“

Mit dem Erlass des Bürgerlichen Gesetzbuches ließen eine Reihe Gefinde-Ordnungen ein Züchtigungsrecht zu: ein Teil unmittelbar, ein Teil mittelbar, wie §§ 77—79 der altpreussischen Gefinde-Ordnung nämlich durch Gewährung der Strafflosigkeit leichter, seitens der Herrschaft begangener Mißhandlungen. Beide Sorten Brügelrecht sind bereits durch § 2 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch und Artikel 2 der Reichsverfassung beseitigt. Denn sie betreffen eine Materie (Beleidigung und Körperverletzung) und die Art ihrer Verfolgung, welche durch das Reichs-Strafgesetzbuch und die Strafprozessordnung geregelt sind. Insofern hat sich die gelehrte Rechtsprechung (Reichsgericht-Entscheidung Band II S. 7) der Sorte „mittelbares Brügelrecht“ durch eine zwar nicht richtige, auch nicht logische, aber doch anwendende Auslegung liebvol angenommen. Es „konstruierte“: das Gesetz (die altpreussische Gefindeordnung) räumt der Dienstherrschaft ein Züchtigungs- und Strafrecht gegen das Gefinde nicht ein — nur bleibt die Herrschaft wegen der in §§ 77—79 umgrenzten Beleidigungen und Mißhandlungen von gerichtlicher Ahndung befreit.“ So die Rechtslage bis zum Bürgerlichen Gesetzbuch.

Nach dem Sprachgebrauch ist unter dem Ausdruck Züchtigungsrecht in § 95 des Einf. Gesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch sowohl das unmittelbare wie das mittelbare, durch Gewährung von Strafflosigkeit eingetragene Züchtigungsrecht zu verstehen und sollte darunter verstanden werden. Das zeigt einmal der Umstand, daß ja mindestens das unmittelbare Züchtigungsrecht bereits durch das Reichs-Strafgesetzbuch obsolet geworden war. Es wird das aber auch durch die Entstehungsgeschichte des § 95 erwiesen. Diese muß eingehender dargelegt werden, weil der Bericht der Kommission nur einen kleinen Teil derselben enthält. Die Oberstaatlichkeit des Kommissionsberichts hat der völlig verkehrten Ansicht des Polizeiministers Nahrung gegeben.

Wie entstand die Vorchrift des Artikels § 95?

In der Reichstagskommission zur Vorbereitung des B. G. B. wurde von zwei Seiten, seitens eines Zentrumsmitgliedes (Gröber) und seitens der Sozialdemokraten beantragt, den Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum B. G. B. zu streichen (Drucksachen der Kommission 38 Nr. 5 und 42 Nr. 15). Diese Anträge wurden abgelehnt. Ferner war von denselben Seiten bezüglich des Züchtigungsrechts beantragt:

1. seitens des Abg. Gröber (Druckf. 35 Nr. 8) „hinter § 610“ (d. i. jetzt § 618) „nachstehende Vorchrift als § 610a folgen zu lassen: Eine Züchtigung des zur Dienstleistung Verpflichteten steht dem Dienstberechtigten nicht zu“;
2. von sozialdemokratischer Seite (Drucksachen der Kommission 44 Nr. 17): „als § 610 einzufügen: „Eine Strafgewalt oder ein Züchtigungsrecht steht dem Arbeitgeber gegenüber dem Arbeiter und dem Arbeiter gegenüber dem Arbeitgeber nicht zu“;
3. seitens der konservativen Kommissionsmitglieder: „hinter § 610 folgenden § 610a anzuschließen: „Dienstverpflichtete unter 16 Jahren sind der elterlichen Pflicht des Dienstberechtigten unterworfen, wenn sie in die häusliche Gemeinschaft des Dienstberechtigten aufgenommen sind. Eine Züchtigung der zur Dienstleistung verpflichteten Personen, welche das 16. Lebensjahr vollendet haben, steht dem Dienstberechtigten nicht zu“ (Druckf. 51 der Reichstagskommission).

In der Debatte wurde auf die oben erwähnte Entscheidung des Reichsgerichts hingewiesen, aber allseitig anerkannt, daß auch dies mittelbare Züchtigungsrecht beseitigt werden soll, das besagen auch die Anträge zu 2 und 3, eventuell möge die Redaktionskommission eine dies ausdrückende Form den Anträgen geben. Bei der Abstimmung wurde der oben zu 3 mitgeteilte Antrag abgelehnt, der zu 1 erwähnte angenommen. Nachdem später die Anträge auf Streichung des Artikels 95 des Einführungsgesetzes abgelehnt waren, beantragte die Redaktionskommission einige Tage später, den angenommenen § 610 a von dort zu entfernen und in der jetzigen Fassung als Absatz 3 des Artikels 95 zu ge-

halten, da ja ein mittelbares oder unmittelbares Züchtigungsrecht nur auf dem Gebiete des Gefinderechts besteht. Dem gegenüber wurde betont, daß ja auch Exekutoren gegenüber auf Grund von Bestimmungen der Seemannsordnung Schlagen als „berechtigte Aufmunterungen“ von einem Gericht ausgelegt, also auch hier unmittelbares Züchtigungsrecht konstruiert sei. Dem wurde erwidert, daß eine Revision der Seemannsordnung bald zu erwarten sei und es fraglich sei, ob ohne ausdrückliche Bestimmung im Bürgerlichen Gesetzbuch eine Spezialbestimmung der Seemannsordnung getroffen würde. Der Widerspruch wurde hierauf zurückgezogen und die jetzige Fassung genehmigt. Bei der Beratung im Plenum des Reichstages wurde wiederholt (in den Sitzungen vom 22. und vom 30. Juni 1896, stenographische Berichte Seite 2906 und 3048) ohne Widerspruch betont, daß das „direkte und indirekte Züchtigungsrecht“ durch das Einführungsgezet gestrichen ist.

Die auffällig verkehrte Auslegung des Art. 95 durch den preussischen Polizeiminister gab wiederholt Veranlassung, im Reichstage darzustellen, daß der preussische Minister in seinem Erlaß das Reichsrecht verlege. Am 17. Januar 1899 interpellierte der Abgeordnete v. Dziembowski den Staatssekretär des Innern, am 22. Februar 1899 Städtgen den Staatssekretär des Reichsjustizamtes über den gegenwärtigen Erlaß. Kein Mitglied der Regierung, kein Mitglied des Reichstages unternahm den Versuch, die ministerielle Irrlehre zu verteidigen.

Nach alledem ergibt Wortlaut, Zweck, Entstehungsgeschichte des Art. 95 des Einführungsgezet zum Bürgerlichen Gesetzbuch klar, daß auch das „mittelbare“ Züchtigungsrecht der allpreussischen Seemannsordnung seit dem 1. Januar 1900 beseitigt ist.

Das Rathenower Erkenntnis widerspricht mithin offensichtlich dem bestehenden Recht.

Aber mit der Beseitigung des mittelbaren und unmittelbaren Prügelrechtes ist dem Interesse des Gefindes noch lange nicht genügt. Von einer wirklichen Beseitigung des Züchtigungsrechtes kann man erst sprechen, wenn jede Züchtigkeit und grobe Beleidigung (wie z. B. in Baden und Hessen und wie gegenüber den gewerblichen Arbeitern) zum sofortigen Dienstaustritt berechtigt. Da die Gefindeordnungen des preussischen Staates solche Vorschriften nicht enthalten, so läßt sich nur raten, solchen Austrittsgrund ausdrücklich schriftlich zu vereinbaren — ein Rat, der von Eltern und Vormündern zurzeit eines Gefindemangels befolgt werden kann. Ueberdies steht dem Gefinde das zweifellose Recht der Rotwehr gegen Prügelrechtsmaßnahmen und gegen die Rechtsprechung zu, die vor 100 Jahren nach Ansicht des preussischen Ministers Suarez sich jedoch immer auf Seite der Herrschaft stellt. Die wirksamste Rotwehr ist die Organisation, der Anschluß an die Arbeiterbewegung.

Rassenart und Rasseier.

Wie sehr das Verhältnis zwischen Arbeiter und Arbeitgeber und die bestehenden sozialen Gegensätze die Verzte, die als Wohltäter der Menschheit sich ansprechen lassen, bis in deren Veraris hinein beeinflussen, dafür liefert nachstehendes Dokument einen klaren Beweis, das dem „Vollblatt für Harburg“ in Gestalt eines Krankenscheines übergeben worden ist. Dieser lautet unter Weglassung einiger Namen:

Betriebskrankenkasse der Firma

Krankenschein

für Wohnung
Harburg, den 1. Mai 1906.
(Unterschrift des Kassierers.)

Gesehen vom Arzte am 1./5., 2./5.
Ist der Kranke arbeitsunfähig? Seit wann? 1/5.
Darf derselbe ausgehen? Nein. (Das Wort ist durchstrichen.)
Gesund bzw. arbeitsfähig aus der Kur entlassen am 2./5.
Krankheit: verte.

Dr. Asbed.

Auf der Rückseite enthält der Krankenschein jedoch folgenden Vermerk:

Wurde am 1./5. nachmittags zur gerufen, die im Bette lag und behauptete, bei der Arbeit umgefallen zu sein.

Eine schwere Krankheitsveränderung ließ sich nicht feststellen. Arbeitsunfähigkeit liegt nicht vor.

Rasseier?

Dr. Asbed.

Der Vorfall ist für das Verhältnis, in dem manche Verzte zu Krankenkassenvorständen, insbesondere von Betriebskrankenkassen, stehen, bezeichnend. Ein Arzt ist nicht dazu berufen, dem Untermertum Zuträgerdienste zu leisten. Er hat seine Diagnose zu stellen, diese auf dem Krankenschein zu vermerken und den Versuch einer Heilung zu machen. Die Anwendung einer Verdächtigung als Sturmethode für sich krank fühlende Arbeiter nimmt in Betriebskassen und in Unfallsachen von Tag zu Tag zu. Diese Art der Sturmethode steht noch tiefer da, als die allerletzte Kurpfuscherei. Das Vorgehen so mancher Verzte treibt leider Tausende und Aber-tausende Kranken in die Hände von Kurpfuschern. Der in der be-schriebenen Weise von dem Betriebskassenarzt behandelten Arbeiterin ist von unserem Harburger Stadterzogen geraten, die Sache dem Ehrengericht der Ärzteskammer zu unterbreiten. Bei der antisozialen Strömung, die in der Ärzteschaft heute die führende Rolle spielt, möchten wir lebhaft bezweifeln, daß das geschilderte Verfahren von den Standsesgenossen des Dr. Asbed genehmigt werden wird.

Aus dem preussischen Landarbeiterparadies.

Einem schweren Verbrechen ist man auf dem Dominium (Berg-gut) Georgendorf bei Steinau a. Oder auf die Spur gekommen. In die Diakonissenanstalt zu Steinau wurde vor kurzem eine 17jährige polnische Arbeiterin eingeliefert, die auf dem Dominium beschäftigt war. Als das Mädchen am anderen Tage verstarb, wurde die Leiche besichtigt und die Vererdigung ausgeführt, da inzwischen Gerüchte laut geworden waren, daß der Tod der bedauernswerten, etwas kranklichen Person infolge schwerer körperlicher Mißhandlungen, die ihr von dem Gutsinспекtor Rindfleisch zugefügt wurden, herbeigeführt worden sei. Der Inspektor wurde infolgedessen sofort verhaftet, und in seiner Gegenwart wurde die gerichtsarztliche Obduktion der Leiche der Verstorbenen vorgenommen. Diese ergab, daß das Mädchen an inneren Verblutungen gestorben ist. Nach den bisherigen Ermittlungen soll der Inspektor die junge Polin mit einem Stode geschlagen, auch soll er die ihm unterstellten polnischen Gutсарbeiter des öfteren in ähnlicher Weise behandelt haben. In dieser Angelegenheit finden gegenwärtig auf dem Amtsgericht in Steinau Vernehmungen der sämtlichen polnischen Gutсарbeiter beiderlei Geschlechts statt.

Wie wäre eine so brutale Ermordung einer wehrlosen Land-arbeiterin möglich, wenn nicht die bestehenden Gesetze und die Rechtsprechung die Landarbeiter fast rechtlos stellten und die herrschende Klasse das Leben des Arbeiters für wertlos hielten. Die Organisation der Landarbeiter tut dringend not.

Aus der Frauenbewegung.

Heerchau.

Der Maientag, der Weltfeiertag des Proletariats, der Tag, an dem die unterdrückte Volksschicht stolz und kühn das Haupt erhebt und die herrschende Gesellschaft immer aufs neue an ihre Forderungen mahnt, die im Interesse der Volkswohlfahrt durchgeführt werden müssen, liegt hinter uns. Ein erhebender Tag, der durch seine aufrüttelnde Wirkung einen unauslöschlichen Eindruck auf Freund und Feind der modernen Arbeiterbewegung ausübt.

Spiegelt sich doch in der Maiseier der Kampf zweier Weltanschauungen wieder. Die innerlich brüchig gewordene bürgerliche Gesellschaft kämpft um Aufrechterhaltung und Anerkennung ihrer angemaßten Rechte gegen die junge, von Lebenskraft strotzende, aufwärtsstrebende neue Kultur, der Welt und Zukunft gehören werden.

Noch sind die Vertreter der alten Anschauung im Besitz der Gewalt und — sie nutzen sie aus. Mühsichtslos und brutal schwingen die „Hercen vom Hause“ die Hungerpeitsche über Tausende, die es wagen, einen eigenen Willen zu äußern. Man beschimpft, verfolgt und bedroht die denkenden Arbeitermassen; die elendesten Verleumdungen und Verdächtigungen gelten unieren Begnern als „geistige“ Waffen, und trotz alledem bricht sich der sozialistische Gedanke, der in Millionen Herzen lebendig wirkt, mit Allgewalt Bahn.

Es ist die historische Aufgabe und Bestimmung des Proletariats, Grundstein und Träger der neuen Kultur zu sein. Der Sozialdemokratie ist die führende Rolle in diesem Kampfe zwischen alter und neuer Kultur zugefallen. Unter ihrem roten Banner werden die Schlachten gegen den sich enger und feier zusammenschließenden Gegner geschlagen! Immer ernster und hartnäckiger wird der Kampf, immer größere Kampfermassen sind notwendig, um der Gesamtheit des Volkes die hehrsten Güter, Freiheit und Recht, zu erobern.

Erfreulich ist es, daß in diesem sich immer mehr zuspizenden Kampfe auch die Frauen und Mädchen des Proletariats nicht untätig abseits stehen. Von Jahr zu Jahr ist das wachsende Interesse der Frauen an den wirtschaftlichen und politischen Kämpfen mehr und mehr zutage getreten. Auch die großartige Beteiligung der Frauen an der Maidemonstration zeigt das Erwachen derselben. Die letzte Mai-Heerchau hat das Bild der gemeinsamen Demonstration herrlicher und schöner denn je gestaltet. Nicht nur in den Städten, auch in kleinen, entlegenen Landorten haben die Frauen in größerer Anzahl an der Maiseier teilgenommen.

Und so ist es recht! Denn die Gedanken, die in dem Maiseier der Arbeit pulsen, müssen gerade in den Herzen der Arbeiterfrauen, der doppelt Ausgebeuteten und Entrechteten, begeistert Widerhall finden. Die Arbeitskraft der Frau wird mit Hungerlöhnen entlohnt; heute ist die Arbeiterin durch den Druck des Unternehmertums zur Schmutzkonfurentin des Mannes und des Bruders geworden.

In heuchlerischen Salbadereien über die Heiligkeit des Familienlebens, der Ehe usw. ergehen sich die Interessenten der heutigen „göttlichen“ Weltordnung, das hindert sie aber nicht, Mann, Weib und Kind der arbeitenden Klasse in ihr Sklavenjoch zu spannen. Das Leben gestaltet sich für die Proletarierin immer qualvoller; es ist nichts anderes, denn eine lange Kette von Trübsal und Leiden, denen meistens erst der Tod, der Freund und Erlöser der Armen, ein Ende macht. Wirtschaftliche und häusliche Pflichten und Sorgen bilden zumeist den Lebensinhalt der Arbeiterfrau. Doch auch als Staatsbürgerin hat sie die gleichen Pflichten wie der Mann; auch sie muß dem Staat und Gemeinwesen direkte und indirekte Steuern und Verbrauchsabgaben zahlen. Staat und Privatkapital bereichern sich durch ihre Arbeitskraft, und als Lohn dafür hat der heutige Staat sie aller Rechte beraubt.

Die Frau besitzt kein Wahlrecht, kein Mitbestimmungsrecht in Fragen, die für die Arbeiterin, die Hausfrau, die Mutter von größter Tragweite und Bedeutung sind.

Auflehnung, Empörung gegen so schamlose Entrechtung und Knechtung ist Pflicht aller Frauen des Proletariats. Die Sozialdemokratie ruft die Frau in ihre Reihen zum gemeinsamen Protest; Frauen, folgt dem Ruf! Die Frau, in der das sozialistische Bewußtsein wach geworden ist, demonstriert für Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenanstand trägt, für den Völkerrfrieden, gegen den barbarischen, kulturvernichtenden Militarismus und Militarismus, für das Wahlrecht der Frau, und sie demonstriert als das gekochte, unterdrückte und entrechtete Weib.

Frauen, herbei! Agitiert und herbt in Euren Reihen immer neue Kämpferinnen für die Sozialdemokratie!

„Und sehet Ihr nicht das Leben ein,
Wie wird Euch das Leben gewonnen sein!“ K.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 61—65 pr 100 Pfund, Ha 51—60, IIIa 47—50, IVa 39—45, engl. Bullen 00—00, dü. Bullen 00—00, holl. Bullen 00—00, Kalbfleisch, Doppelländer 105—120, Ia 78—88, IIa 64—70, IIIa 50—62, Hammelfleisch Ia 60—70, IIa 54—60, Schweinefleisch 58—64, Kaninchen 0,60—0,70, Hühner, alte, Stück 2,00—3,10, junge, per Stück 0,80—1,00, Tanden, junge 0,45—0,55, alte 0,00, Enten, junge, per Stück 0,60, Hamburger per Stück 3,00 bis 3,75, Gänse, junge, per Pfd. 0,75—0,90, per Stück 3,50—5,00, Decke 76—107, Schlei, 92—107, Bleie 00, matt 00—00, Hale, groß 105—111, mittel 100—110, klein 78—79, un. 85—97, Wägen 35—42, Flumern, pom. I, p. Schod 3,00—6,00, Kleier, Stege Ia 4—6, do. mittel, per Riste 2—4, do. klein, per Riste 00—00, Hühlinge, holl. per Ball 0—0,00, Kleier 1—3, Strahl 3—4, Hale, groß, p. Pfd. 1,10—1,30, mittel 0,80—0,90, fl. 0,50—0,60, Spotten, Kleier, 2 Ball 1—1,50, Ell. per Riste 0,00—0,00, Sardellen, 1902er, per Unter 76,00, 1904er 74,00, 1905er 70,00, Schottische Rollheringe 1905 00—00, large 40—44, full 36—38, mod. 33—35, deutsche 37—44, Deringe, neue Rattjes, per 7, Tonnen 60—120, Hummern, Ha, 100 Pfd. 00—00, Strebje, per Schod, große 17—27,50 mittlere 10,00—12,00, kleine 3,50 4,50, unsortiert 5—9,50, Eier, Lands, per Schod 00—00, frische 2,80, Butter per 100 Pfund, Ia 113, IIa 108—112, IIIa 106—108, abfallende 105—108, Saure Gurken, Schod 3,50—4 R., Pfefferkörner 3,50—4 R., Rostoffen per 100 Pfd. magn. bon. 2,10—2,35, rote Dabersche 2,00—2,20, runde weiße 1,80—2,00, Birglinglobl, holl., per Schod 0,00—0,00, Weis-tobl, dü. per Schod 7,00—9,00, Kollobl, holl., per Schod 00,00—00,00, Grünlobl, per 100 Pfd. 00—00, Rüben, weiße 00—00, Zellerow 00—00, Koffrüben, per Schod 2,50—4,50, holl. 5—6.

Wasserstand am 9. Mai. Elbe bei Müßig + 0,31 Meter, bei Dresden + 1,16 Meter, bei Magdeburg + 1,38 Meter. — Havel bei Stralsund + 1,40 Meter. — Oder bei Rastow + 1,88 Meter, bei Dresden Oberpegel + 5,15 Meter, bei Dresden Unterpegel + 0,42 Meter, bei Frankfurt + 1,35 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 3,18 Meter. — Warthe bei Bolen + 0,74 Meter.

Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlin und Umgegend. (Abteilung Charlottenburg.) Sonnabend, den 12. Mai, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3: Versammlung, Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Beschiedenes.

Witterungsüberblick vom 10. Mai 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in Grad C.
Stolte	755,5	SW	3	bed.	17	Haparanda	758,0	SW	3	molnig	17
Hamburg	754,5	SW	3	Regen	15	Petersburg	763,0	SW	3	Dunst	17
Berlin	755,0	SW	2	wolfig	17	Scilla	759,0	SW	3	wolfig	8
Frankfurt	755,0	SW	1	wolfig	14	Alberden	758,0	SW	3	bed.	6
München	757,0	SW	1	bed.	14	Paris	755,0	SW	3	bed.	13
Wien	758,0	SW	1	wolfl.	15						

Wetter-Prognose für Freitag, den 11. Mai 1906.
Kühler, veränderlich, dießtag wolfig mit etwas Regen und mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau

Arbeiter! Parteigenossen!

Freitag, den 11. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

Volkerversammlung

bei Keller (gr. Saal), Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen Fräßdorf:
„Darf ein Sozialdemokrat sich des Konsumvereins als Kampfmittel bedienen?“

In Anbetracht des Themas muß es sich jeder organisierte Genosse zur Pflicht machen, in der Versammlung zu erscheinen und auch für massenhaften Besuch zu agitieren.

Frauen sind hierzu besonders eingeladen.
Der Einberufer.

Sozialliberaler Verein zu Berlin.

Freitag, den 11. Mai 1906, abends 8 1/2 Uhr, im oberen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

Der Kampf gegen die Reaktion und die Stichwahlparole von Darmstadt.

Referent: Dr. Rudolf Breitscheid.

Freie Aussprache. — Gäste, Frauen und Männer, willkommen.

Achtung! Rohrer!

Montag, den 14. Mai 1906, abends 8 Uhr, in Wilkes Festsaal, Brunnenstr. 188:

Oeffentliche Versammlung

sämtlicher im Verufe beschäftigten Kollegen.

Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Stellungnahme zum Tarif der Rohrbedeckfabrikanten Berlins und Umgegend.

Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Sektion der Putzerträger.

Zonntag, den 13. Mai, mittags 11 1/2 Uhr, im Lokal von Wernau, Schwedterstr. 23:

Versammlung.

Sektion der Töpferträger.

Montag, den 14. Mai, abends 8 Uhr, im „Rosenthaler Vereins-haus“, Rosenthalerstr. 57:

Versammlung.

Tagesordnung wird in den Versammlungen bekannt gemacht. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Zweigvereins-Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer.

Sonntag, den 13. d. Mts., finden in den bekannten Lokalen die Beschlüsse statt. Anfang vormittags 9 Uhr.

Der Obmann.

Tischler-Verein. E. H. 89.

Sonnabend, den 12. Mai 1906, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstraße 15:

Versammlung.

Tagesordnung: Vereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

Schmerzloses Zahnziehen gratis!

Plomben, künstliche Zähne

nur gegen Erstattung der Auslagen.

Zahn-Klinik Friedrichstr. 65, (zw. Kronen- u. Mohranstr.)
geöffn. v. 9—5 Uhr, auß. Sonntags.

Geldschrankschlosser

tüchtige, für schwere Bankräufe, verlangt

Panzer, Aktiengesellschaft Berlin, N. 20.

11472*

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährwert sich auszeichnend!

Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen.

Vom Mai bis August inkl. um 8 Uhr abends, außer Sonnabends, geschlossen.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen

Deutsche Dampffischer-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III No. 8804.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 | Madalstraße 22 | Landsbergerstraße 52-53

(am Moritzplatz.) | (im Schloßischen Bahnhof.) | (der Kurzenstr. gegenüber.)

Vom Mai bis August inkl. um 8 Uhr abends, außer Sonnabends, geschlossen.

Inferatenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Wir empfehlen besonders:

Kabeljau ohne Kopf Seelachs mit Kopf

im Anschnitt 25 Pf. p. Pfd.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

20

Schüler- Wasch- Anzüge

Viele Tausende Exemplare.

Glatte, gezwirnte und Köper-Gewebe, Kleidsame, glatte und faltige Fassons. Strapazierfähig und gut in Wäsche.

8.- 7.- 6.- 2 Mk.
5.- 4.- 3.-



Schüler- Stoff- Anzüge

Viele Tausende Exemplare.

Bewährte Loden, Cheviots, Zwirnbuckskins, Diagonale und andere Stoff-Erzeugnisse. Joppen- u. Jackett-fassons.

24.- 21.- 18.- 9 Mk.
15.- 12.- 10.-

Der Haupt-Katalog Nr. 29 (Frühjahr u. Sommer) wird kostenlos u. portofrei zugesandt.

Baer Sohn

Spezialhaus größten Masstabes

Chausseestrasse 24a/25 • 11 Brückenstrasse 11
Gr. Frankfurterstr. 20.

BRENNABOR

Ist das

beste FAHRRAD.

VORZÜGE: { Auffallend leichter Lauf.
Vornehme, gefällige Bauart.
Unerreichte Dauerhaftigkeit.

BRENNABOR-WERKE, BRANDENBURG A. H.
Filiale Berlin W., Kronenstrasse 11.



Kenner

rauchen

Zenith-
Zigaretten

11482*

H. Zimmermann

Berlin SO. Juwelier Oranienstr. 206

Gold- und Silberwaren-Fabrik,

Uhren-Großhandlung.

Eigene Werkstatt für Neuarbeit u. Reparatur.
Streng reell. — Billigste Preise.

Für Damen!

Billigste Preise

Direkt aus der Fabrik.
Jetzt nach beendeter
Engros-Saison wieder
Einzelverkauf zu den be-
kannt billigen Preisen:

Jacketts schwarz u. farbig in kolossaler Auswahl 3,75, 4,50, 6, 7-20 M.
Capes in sämtlichen Längen 5 1/2, 6 1/2, 7 1/2 - 25 M.
Staubmütel 6,50, 7,25, 8-22 M.
Kostüm-Röcke in blau, schwarz, diversen englischen Stoffen 3,50, 4,25, 5,50-20 M.

Fabrik Pelz Kurstr. 41/42
Sonntags geöffn.
Vorzeig. dies. Annonce 5% Rab.

Bestes Teilzahlungs-Geschäft für
Kein Laden. Brennabor-
:: Räder. ::
Günstigste Bedingungen.
Berlin SO.,
Louis Barth, Brückenstr. 10a pt.

Krankenfahrräder all. Systeme
sämtlich von 25 M. an, auch teilweise
unter kaulantesten Bedingungen.
Koppsche Krankwagen, Elsasser-
straße 95. 116/4*

10 extra billige Schuh-Tage!

Der Verkauf ist festgesetzt für die Zeit vom 12. bis 21. Mai bzw. solange Vorrat!

Besonders empfehlenswert für

Pfingst-Sinkkäufe!

- Ein Posten Damen - Pantoffel
farbig Melton mit Filzsohle nur 28 Pf.
- Ein Posten Damen - Pantoffel
farbig Melton mit Filzsohle, bessere Aus-
führung nur 58 Pf.
- Ein Posten Damen - Morgen - Schuhe
Lasting, bequeme Form nur 95 Pf.
- Ein Posten Damen - Haus - Schuhe
rot und schwarz Leder, mit Ledersohle
und Fleck nur 1 1/5 M.
- Ein Posten Damen - Spangen - Schuhe
schwarz Leder, mit Schleife, enorm billig
nur 1 1/5 M.
- Ein Posten Damen - Spangen - Schuhe
farbig Ziegenleder, beliebte Straßen-
Schuhe nur 2 9/5 M.
- Ein Posten Damen - Schnür - Stiefel
grau meliert Drell, mit Laockgarnitur, das
Angenehmste für den Sommer nur 4 3/4 M.
- Ein Posten Damen - Schnür - Stiefel
fein farbig Leder, außergewöhnlich preis-
wert nur 4 9/10 M.

- Ein Posten Damen - Schnür - Stiefel
weiß Leder nur 5 9/10 M.
- Ein Posten Damen - Knopf - Stiefel
garantiert echt Chevreau, hochschick
sonst M. 7.50 Ausnahme-Preis 6 5/10 M.
- Ein Posten Herren - Zug - Stiefel
mit Besatz, kräftiges Wicheleder
sonst M. 4.50 Ausnahme-Preis 3 9/10 M.
- Ein Posten Herren - Schnür - Stiefel
H. Wildrollleder, elegante Straßenstiefel
sonst M. 8.70 Ausnahme-Preis 7 6/5 M.
- Ein Posten Herren - Schnallen - Stiefel
Ia. Boxhorse, bequeme Paßform
sonst M. 8.75 Ausnahme-Preis 7 6/5 M.
- Ein Posten Knaben- u. Mädchen - Schnür - Stiefel
Ia. Kalbleder, unverwüstliche Qualität
Größe 25-26 27-28 29-30 31-33 34-35
sonst M. 5.00 M. 5.50 M. 6.00 M. 6.50 M. 7.00
Ausnahme-Preis: 3 9/5 M. 4 1/5 M. 4 9/5 M. 5 1/5 M. 5 9/5 M.
- Ein Posten Kinder - Knopf - Stiefel
farbig Leder, mit kl. Absatz. Größe 21-24 nur 2 4/5 M.



Eigene Verkaufsgeschäfte in BERLIN und Umgegend:
C., Rosenthalerstraße 14.
C., Spittelmarkt 18.
W., Potsdamerstraße 50.
W., Schillstraße 16.
S., Oranienstraße 65.
SO., Oranienstraße 2a.
SO., Wrangelstraße 49.
SW., Friedrichstr. 240-241.
NW., Besselstraße 29.
NW., Turmstraße 41.
NW., Wilsnackerstraße 22.
O., Andreasstraße 50.
O., Frankfurter Allee 125.
N., Danzigerstraße 1.
N., Müllerstraße 3.
N., Reinickendorferstr. 14.
Charlottenburg:
Wilmsdorferstr. 122-123.
Rixdorf:
Bergstraße 30-31.
Potsdam:
Brandenburgerstr. 54.

Conrad Tack & Cie. Burg b. Magd.

Älteste u. bedeutendste Schuhwaren-Fabrik Deutschlands,
welche ausschliesslich eigene Geschäfte unterhält.

4. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 10. Mai 1906, vormittags. Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

5. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 10. Mai 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

4. Ziehung 5. Kl. 214. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 10. Mai 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

Ziehung vom 10. Mai 1906, nachmittags. Nur die Gewinne über 20 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt. (Ohne Gewähr.) Nachdruck verboten.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stillelegsuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg. das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe. Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9. parterre. 17. Tischläufer (fettgedruckt) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Braun, Kadelcher Markt 4, Scharhof Böde. 283/3. Herrenstraher, Damenstraher, nie neu, 45.00, Gold, Blumenstr. 9. 14378. Fahrräder, Teilzahlungen. Bergstr. 28, Saligstr. 40. 15098. Hochbornsche Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 38.00, Herrenhosen 7-12.00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Bäckerstr. 68. 1. Treppen. 14378. Gardinen, Verdandhaus, Textilfabrikstraße 11/12. Säulen-Nachdruck, preiswert für Gardinen, Stoffe, Bettdecken, Vorhänge, Tischdecken. - Keine enorm billig. 15111. Herrenhüte, Anberhüte, Stoff 50 Pfennig. Angroßgeschäft Neuer Markt 1-2. Laden. 15363. Teppiche mit Arabischen Mustern, niedrige Große Frankfurterstr. 9, parterre. 11. Möbelverkauf. Walfstraße 81: Rauchschloß, Waldschloß 28, Kuchelstraße 17. Salsch 15, Kommode 21, Bettfedern 12, Bettstellen mit Federkissen und Bettdecken 20, Stühle 3, Schlafloft 38, Kuchelstraße 17, Möbelverkauf. 17385. London Zimmertürenapparate, verkauft Parcomat, Alpecknerstr. 20, Gartenhaus IV. 17385. Blätter verkauft billig Saligstr. 40. 17415. Tischgeschloß, aufgehoben, verkauft billig Saligstr. 69. 17415. Kleiderkasten verkauft umfänglich Saligstr. 25. 17415. Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin, für den Anzeigentheil verantw.: Th. Glöde, Berlin.

Mädel, Gelegenheitskäufe, neue und gebrauchte billig Lindenstr. 247 I. Federbetten, 1.20 breitt, Stück 20 Mark, Daunentetten 45.-, auch 5 Zimm. Ruchbaumwolle verkauft Dresdenstr. 38, vorn II links. Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5.00 an, Öfen von 1.50 an, Schreibmaschine von 12.00 an, Fräse von 2.50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe in kleinsten billigen Preisen, aus Glanzstoffen, verläßtliche Sachen, kauft man am vortheilhaftesten bei Kaj. Puchelstr. 14. 17125. Entzückende Violin, Kolonnen, Korbäume, selbstgefertigt, verkauft auffallend billig Litzauer, Brunnenstr. 4. I. 17185. Steppdecken billig Bebel Große Frankfurterstr. 9, parterre. 17185. Billig! billig! billig! Die besten Kleiderstoffe, Halb, Wasser, namborob, alle Lagen, 30 Pfennig-Lagen, vornehmlich, an schnell entlassene Käufer, das Dreifache wert; geschmückte Hühner; nur Bekker, Deutscher, Pantom, Gläubersweg 10. 17415. Wäckerzeugung, Zweifler, Dreifler, Radreparatur, Fahrrad, radfahrer, Fahrrad, gutgebaute und neue, sehr billig, auch Teilzahlung. Hammer, Große Frankfurterstr. 14. 1722. Zeitungsgeschäft umfänglich zu verkaufen oder zu verpachten Litzauerstr. 38. 17385. London Zimmertürenapparate, verkauft Parcomat, Alpecknerstr. 20, Gartenhaus IV. 17385. Blätter verkauft billig Saligstr. 40. 17415. Tischgeschloß, aufgehoben, verkauft billig Saligstr. 69. 17415. Kleiderkasten verkauft umfänglich Saligstr. 25. 17415. Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin, für den Anzeigentheil verantw.: Th. Glöde, Berlin.

Vermietungen. Schlafstellen. Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Stellenangebote. Vermietungen. Schlafstellen. Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Stellenangebote.

Achtung! Rohrlieger und Helfer! Die Firma Gorta, Pantom, Koralstr. 37, und folgende Bauten sind gepflastert: In Pantom, Krankenhäuser, Breitler, 49, Bauherr, Bauhof, Ede Breitlerstr. In Schöneberg, Wartenburgstr. 22, Bauherr. In Teget, Segele, Bauherr. An die Bauherren werden appellationen mit, und zu unterlassen. Die Ortsverwaltung. Deutsch. Buchbinderverband (Zahlstelle Berlin). Folgende Firmen haben wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai das Personal ausgedient: G. Wabben & Co., Wilhelmstr. 9. H. Spröling, Friedrichstr. 18. Lührer & Bauer, Wartenburgstr. 30. D. Heilmann, Friedrichstr. 18. H. Reib, Lützowstr. 107/8. Rickmann, Wilhelmstr. 121. Thomas, Alexanderstr. 121. C. F. Walter, Kottb. 19/17. Schneider & Ziegler, Kottb. 76. Fritsche-Baumhach, Schöneberg, Grottestr. H. Schubert, Wilhelmstr. 121. A. Ludwig, Wilhelmstr. 55. Naackische Buchdruckerei, Salsch (Schönebergstr. 8). A. Schab, Salsch (Schönebergstr. 8). A. Schab, Salsch (Schönebergstr. 8). A. Schab, Salsch (Schönebergstr. 8).

